Die Haltung von KBW und KABD zum modernen Revisionismus Seite 4

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 50 vom 13. Dezember 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

"Entschärfung" der 13. Strafrechtsänderungsreform- nichts als ein Manöver

Das geplante Gesetz ist ein Schritt hin zum Faschismus!

In der letzten Woche haben sich in Bonn das Bundesjustizministerium, SPD und FDP auf einen neuen Text für das 13. Strafrechtsänderungsgesetz geeinigt. Die ,,Frankfurter Rundschau'' kommentierte sofort ,,Justizministerium entschärft Entwurf des ,Gewaltparagraphen'. Auch andere Stimmen wurden laut, die die Ersetzung des ursprünglich geplanten Paragraphen durch den jetzt vorgesehenen Paragraphen 88 a als ,,Fortschritt'' priesen.

In Wirklichkeit ist diese Änderung nichts als ein Manöver, um vor allem Proteststimmen aus Kreisen von Wissenschaft, Literatur und Kunst zum Schweigen zu bringen. Am Kern des Gesetzes hat sich nichts geändert.

Die Bundesregierung streicht jetzt heraus, daß nach der Neufassung ihres Entwurfs die Befürwortung von Gewalt etwa in Ländern der Dritten Welt nicht mehr strafbar sein soll. Denn dort sei Gewalt manchmal tatsächlich notwendig.

Man wird also in Zukunft Aktionen z. B. gegen das Allende-Regime propagieren dürfen, aber nicht den revolutionären Kampf gegen seine Drahtzieher, die US-Imperialisten in unserem Land; man wird weiterhin z. B. den Aufstand der polnischen Arbeiter begrüßen dürfen, aber nicht revolutionäre Aktionen hier in Westdeutschland gegen die, die ihn blutig niedergeschlagen haben, die polnischen Revisionisten und die russischen Sozialimperialisten. Denn solche Aktionen sind ,,Landfriedensbruch'', Staatsanwälte und Richter werden sie ohne weiteres zu ,,Taten für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze'' rechnen und ihre Befürwortung verbieten.

Damit ist auch klar, daß sich durch die Änderung des ursprünglichen Entwurfs der Bundesregierung in der entscheidenden Frage, nämlich der Propagierung von revolutionären Aktionen und Ideen im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus überhaupt nichts geändert hat. Hier gilt nach wie vor, was bereits zum ursprünglichen Entwurf auf einem Plakat der KPD/ML gesagt wurde:

,,Aufrufe zu Streiks wie bei Ford 73 — strafbar;
Presse, Funk, Fernsehen, Film — unter Zensur;
Tausende von Büchern — auf der Verbotsliste;
jede kommunistische Zeitung, jedes kommunistische Flugblatt — ein Fall für den Staatsanwalt!''

Die Regierung behauptet, die Einschränkung liege darin, daß jetzt nur noch die ,,verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten'' verfolgt werde. Aber diese angebliche Einschränkung ist in Wirklichkeit keine. Denn natürlich war auch im ursprünglichen Entwurf nicht vorgesehen, etwa die Befürwortung des Terrors der Polizei gegen die Bevölkerung unter Strafe zu stellen! Und genauso hatte bereits der ursprüngliche Entwurf bedauernd festgestellt, daß nicht jeder ,,Kraftausdruck auf einer Versammlung, Demonstration usw. strafrechtlich verfolgt werden könne, weil das die Staatsanwälte und Gericht überfordern würde. Mit dem geänderten Entwurf hat das Kind lediglich einen Namen bekommen! Denn was heute als ,,verfassungsfeindlich'' verfolgt wird, zeigt z. B. die Praxis der Berufsverbote, zeigt die Tatsache, daß aus den DGB-Gewerkschaften auch heute bereits nicht nur der ausgeschlossen wird, der sich zur Mitgliedschaft in

Fortsetzung auf Seite 2

DEMONSTRATIONEN zum 13. Strafrechtsänderungsgesetz

HAMBURG
13. 12., 11 Uhr, Hansaplatz (Nähe Hauptbahnhof).

DORTMUND
13. 12., 11.30 Uhr, Nordmarkt.

STUTTGART
13. 12., 11 Uhr, Am Marienplatz.

WESTBERLIN
13. 12., 14 Uhr, Karl-Marx-Platz.



Begeistert begrüßt wurden auf einer Veranstaltung der KPD/ML in München Genosse Sascha (Bildmitte), dessen Einbürgerung erkämpft worden ist, Genosse Peter Bayer (rechts), der aus der Haft entlassen worden ist und Genosse Heinz Baron (links), der im Dezember wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 für 16 Monate ins Gefängnis soll. (Bericht auf Seite 8).

60 000 Entlassungen bei der Bahn geplant

60 000 Beschäftigte sollen bis 1979 aus der Bundesbahn herausrationalisiert werden. Das Streckennetz soll auf 15 000 km, also um die Hälfte gekürzt werden. Die Investitionshilfe, die bisher 500 Millionen DM betrug, soll auf 1,6 Milliarden angehoben werden und weitere Fahrpreiserhöhungen sind ebenfalls geplant. Das sind die Rationalisierungsmaßnahmen, die in der letzten Woche vom Bundeskabinett gebilligt worden sind.

Mit diesen unverschämten Angriffen auf die werktätige Bevölkerung versucht der Staat im Interesse der Kapitalistenklasse, die riesigen Defizite der Bundesbahn auszugleichen.

Demagogisch beteuert Gescheidle (Bundesverkehrsminister), daß keiner der Bundesbahnarbeiter entlassen werden, sondern die 60 000 Arbeiter würden durch ,,natürlich Abgänge'' eingespart werden. Aber praktisch sieht das z. B. so aus: auf der Strecke Hannover-Würzburg arbeiten 300 Streckenarbeiter, ,,würde man die Strecke so einrichten, wie es heute technisch möglich ist, käme man mit 30 Mann aus'', behauptet Vaerst, der Präsident der Bundesbahn. Die 270 Arbeiter, die dann auf die Straße fliegen würden, das wären dann keine ,,natürlichen Abgänge'', sondern Kollegen, die rücksichtslos von der Bundesbahn wegrationalisiert würden. Bereits in diesem Jahr sind 16 000 Arbeiter herausrationalisiert worden. Aber diese Rationalisierungsmaßnahmen bedrohen nicht nur die Arbeitsplätze Tausender Arbeiter.

Durch die Streckenstillegungen werden die Lebensverhältnisse der Menschen in den ländlichen Gebieten gegenüber der Stadt noch mehr verschlechtert. Gerade kleinere Bahnhöfe und ,,unrentable'' Strecken in den ländlichen Gebieten sollen geschlossen werden, während Strecken in den Industriezentren ausgebaut werden und neue Rangierbahnhöfe zum Nutzen der Kapitalisten geplant sind. Für die Bevölkerung bedeutet das, daß sie auf Omnibusse oder eigene Fahrzeuge angewiesen sind, um zur Arbeit zu Kommen usw.! Dazu kommt noch, daß damit das Verkehrchaos auf den Straßen noch größer wird. Schon jetzt kommt man während der Stoßzeiten kaum voran. Mit den Streckenstillegungen soll bereits im nächsten Jahr begonnen werden. 600 km sollen bis zum Inkrafttreten des Sommerfahrplans stillgelegt werden.

Begründet werden diese Rationalisierungsmaßnahmen damit, daß die Defizitentwicklung der Bundesbahn

Fortsetzung auf Seite 3

5 Jahre Dezemberaufstand in Polen

Nieder mit der bürgerlichen Diktatur in Polen!

Vor fünf Jahren, am 14. Dezember, erhoben sich in Gdansk die besten Teile der polnischen Arbeiterklasse zum Kampf gegen die revisionistische Gomulka-Clique. ,,Nieder mit der bürgerlichen Diktatur Gomulkas! Es lebe die Diktatur des Proletariats!" — das waren die Parolen, unter denen die heldenhafte und revolutionäre Arbeiterklasse Polens den Kampf führte, an ihrer Spitze die illegale marxistisch-leninistische Kommunistische Partei Polens.

Den Anfang hatten im Dezember 1970 die Werftarbeiter von Gdansk gemacht: einzelne Abteilungen legten die Arbeit nieder, immer mehr schlossen sich an, bis der ganze Hafen still lag. In gewaltigen Demonstrationen zogen die Arbeiter in die Innenstadt, ihre Reihen wurden immer breiter, ihre Züge länger. Polizeiwagen und Polizeieinheiten, die sich ihnen in den Weg stellten, wurden beiseite geräumt. Ziel der Demonstration war das Parteigebäude der Gomulka-Clique, es kam zu militanten Kämpfen.

Unmittelbarer Anlaß für die Kampfaktionen war eine erneute Preissteigerung von 20%, die den Werftarbeitern bekannt gegeben worden war. Zugleich waren in den letzten Monaten auf den Werften in Gdansk neue Rationalisierungsmaßnahmen von der Gomulka-Clique eingeführt worden, die das Arbeitstempo der Kollegen noch erhöhen, ihre Ausbeutung verschärfen sollten. Doch es waren nicht nur die Preissteigerungen, die das polnische Proletariat in Gdansk und dann auch in Gdynia, Soppot, Sczecin und anderen Städten auf die Straße brachten. Ihre Kampfaktionen richteten sich direkt gegen die sozialfaschistische Gomulka-Clique, gegen die Wiedereinführung des Kapitalismus, die unter der Herrschaft der Revisionisten betrieben wurde.

Mit dem Machtantritt der Gomulka-Clique war Polen zu einem von den Neuen Zaren im Kreml abhängigen und von russischen Truppen besetzten kapitalistischen Land verwandelt worden. Die Kollektivierung der Land-

Fortsetzung auf Seite 6

Nieder mit der indonesischen Aggression gegen Osttimor!

In der Nacht zum Sonntag, den 7. Dezember, haben die Aggressionstruppen des indonesischen, faschistischen Suharto-Regimes die Hauptstadt Osttimors, Dili, besetzt. Ersten Berichten aus Australien zufolge richten die faschistischen Truppen ein Blutbad unter der Bevölkerung an und machen vor allem Jagd auf die Angehörigen und die Führer der Befreiungsbewegung FRETILIN, die von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird.

Die Nachrichten der bürgerlichen Presse und vor allem des Fernsehens, nach denen Dili von Soldaten ,,politischer Bewegungen, die für den Anschluß Osttimors an Indonesien eintreten'', erobert worden sein soll, sind Lügen, die vom indonesischen Regime und seinen imperialistischen Drahtzie-

Fortsetzung auf Seite 7

Verbrechen der Neuen Zaren immer klarer

Einen Monat, nachdem Angola am 11. November unabhängig geworden ist, hat sich die Lage im Land weiter zugespitzt und verschärft. Der Bürgerkrieg zwischen den drei Befreiungsorganisationen, der MLPA auf der einen Seite und der FNLA/UNITA auf der anderen Seite, ist noch erbitterter geworden und hat sich über das ganze Land ausgedehnt. Tausende von Angolanern ließen bereits in diesem Krieg ihr Leben. Sie starben für die Interessen der beiden Supermächte, vor allem für die Machtgier der Neuen Zaren im Kreml, die vor allem den Bürgerkrieg angezettelt haben und ihn mit allen Mitteln weiterschüren.

Für die niederträchtige Rolle der russischen Sozialimperialisten gibt es zahlreiche Beweise. Entgegen der Organisation für Afrikanische Einheit, die alle drei Befreiungsorganisationen als gleichberechtigt anerkannt hat, erklärten sie die MLPA zu einer revolutionären Organisation, die beiden anderen Befreiungsbewegungen aber zu ,,Lakaien des Imperialismus'', um die zwischen ihnen erreichte Einheit zu spalten. Nach dem Abkommen von Alvor, das die drei Befreiungsbewegungen gemeinsam mit Portugal schlossen, ergoß sich ein nichtendenwollender Strom der modernsten Waffen in die Hände der MLPA. Waffen, wie sie die russischen Sozialimperialisten, als das angolanische Volk noch seinen Befreiungskrieg gegen die portugiesischen Kolonialisten führte, niemals lieferten. Moskau schickte außerdem militärische Berater, Spione und Elitetruppen aus Ländern des Warschauer Pakts. Die russischen Sozialimperialisten haben darüberhinaus in unerhörter Weise versucht, die Organisation für Afrikanische Einheit zu spalten, indem sie auf ihren Vorsitzenden, Präsident Amin von Uganda, Druck auszuüben versuchten und ihn zwingen wollten, einseitig die MLPA anzuerkennen. Gleichen Druck, verbunden mit Erpressungen, versuchten sie gegen Zaire auszuüben.

Mit einem Wort: der russische Sozialimperialismus, der unter der Flagge des ,,Sozialismus'', des ,,natürlichen Freundes der Länder der 3. Welt'' segelt, um die Völker zu täuschen, ist in Wirklichkeit eine aggressive, imperialistische Macht, die darauf aus ist, das angolanische Volk, das sich gerade von der portugiesischen Kolonialherrschaft befreit hat, zu versklaven, seine Reichtümer an sich zu reißen, seine Häfen als Stützpunkte für seine Aggressionsflotte zu nutzen und das Land in ein Zuchthaus zu verwandeln und als Brückenkopf für neue Aggressionen zu mißbrauchen.

Die USA-Imperialisten haben natürlich ihrerseits alle Anstrengungen unternommen, damit Angola zu ihrem Einflußbereich wird. Kissinger und Ford drohten den Neuen Zaren offen, sie zu zwingen, ihre Intervention einzustellen. Es ist auch bekannt, daß sie ebenfalls Waffen und Ausrüstungen liefern, um den Bürgerkrieg zu schüren. Vor allem haben sie aber die südafrikanischen Rassisten ermutigt, offen in Angola zu intervenieren. Der Bürgerkrieg in Angola ist von keiner Seite ein gerechter Krieg. Er nützt einzig und allein den Supermächten.

Gerade die Intervention Südafrikas und der amerikanischen Imperialisten benutzen die Sozialimperialisten und die modernen Revisionisten überall, um die sozialimperialistische Intervention zu vertuschen und ihre Waffenlieferungen zu rechtfertigen. Sie verbinden diese Lügenpropaganda, die mit dem Haß der Völker auf den amerikanischen Imperialismus spekuliert, mit einer wilden Hetze gegen die VR China, die sie beschuldigen, Waffen an die FNLA/UNITA zu liefern und überhaupt diese beiden Organisationen zu unterstützen.

Der Standpunkt und die Haltung der VR China sind aber klar. Sie liefert keine Waffen und sie kämpft dafür, daß alle drei Befreiungsorganisationen ihre Differenzen begraben und die Einheit gegen den gemeinsamen Feind, die beiden Supermächte, herstellen, um ein wirklich unabhängiges Angola zu errichten. Das ist der Standpunkt, den alle Revolutionäre einnehmen müssen.

Der KB Nord jedoch stimmt offen in die revisionistische Hetze gegen die VR China ein. In seiner Zeitung ,,Arbeiterkampf'' scheut er sich sogar nicht, die russischen Sozialimperialisten als ,,fortschrittlich'' zu bezeichnen, während die VR China beschuldigt wird, ,,reaktionäre, proimperialistische Organisationen'' zu unterstützen. Der KB Nord gleitet offensichtlich immer tiefer in den Sumpf des Revisionismus ab.

Die Verbrechen der russischen Sozialimperialisten treten aber immer klarer zutage. Gerade die Ereignisse in Angola zeigen, daß die Neuen Zaren im Kreml erbitterte Feinde der Völker sind, daß sie überall auf der Welt mit der anderen Supermacht um Hegemonie kämpfen, um die Völker zu unterdrücken und zu versklaven.

13. Strafrechtsänderungsgesetz

Fortsetzung von Seite 1

der KPD/ML bekennt, sondern auch, wer den Aufbau einer Revolutionären Gewerkschaftsopposition für notwendig hält.

Und was die nach dem geänderten Entwurf angeblich garantierte Freiheit für Wissenschaft, Kunst und Literatur angeht, so ist klar, daß diese Freiheit auch nach dem neuen Gesetzesentwurf ihre Grenzen haben wird — nämlich da, wo sie klar und eindeutig für revolutionäre Aktionen, für den revolutionären Sturz des westdeutschen imperialistischen Staates Stellung nimmt.

Angesichts dieser Tatsachen von einer ,,Einschränkung'' des Angriffs auf die Propagierung des revolutionären Klassenkampfes, auf die Verbreitung des Marxismus-Leninismus zu sprechen, ist ein Witz. Die Regierung hat nicht eingeschränkt, sondern präziser formuliert, was sie will: die Verbreitung solcher Schriften und Worte zu unterbinden, die die Sicherheit der Kapitalistenklasse gefährden können, die die Front derjenigen verbreitern können, die bereit sind, für die sozialistische Revolution, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu kämpfen. Ohne Zweifel wird dieses Gesetz zuerst und vor allem gegen die Kommunisten angewendet werden. Aber nicht nur gegen sie. Bereits in der sogenannten Verfassungsdebatte im Bundestag erklärte der damalige Innenminister Genscher, nachdem er den wachsenden Unglauben an die ,,freiheitlich-demokratische Grundordnung'' bedauert hatte: ,,Der Rechtsstaat ist die Antithese zum Klassenkampf.'' Auf deutsch: Der Rechtsstaat ist dazu da, den Klassenkampf zu unterdrükken. Und das ist auch der Sinn dieses Gesetzesentwurfes der Bundesregierung, der den ,,öffentlichen Frieden'' sichern soll.

Deshalb muß der Kampf gegen die Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes weitergeführt werden: durch die Verabschiedung von Protestresolutionen; durch die Verbreitung von Informationsmaterial über diesen Angriff auf die letzten Reste der Meinungsfreiheit der Werktätigen; durch die Teilnahme an Protestveranstaltungen und Demonstrationen.

Inzwischen haben uns weitere Protestresolutionen gegen das geplante 13. Strafrechtsänderungsgesetz erreicht. Darunter vom 2. Semester der MTA-Schule in Münster; vom AStA der Uni Kiel, von der Vollversammlung der PH in Kiel; von der Fachgruppe Sozialarbeit in Kiel; von der Vollversammlung der Mathematikstudenten an der PH in Westberlin; vom RG-Treff Kiel usw.

Gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz hat sich eine Initiative gegründet, die inzwischen unterstützt wird von Verlagen wie NEUE WELT, dem Hammer-Verlag, Achenbach-Verlag, Verlag 20. Mai, Oberbaum-Verlag, Rotfront-Verlag sowie Schriftstellern wie Dr. H. Chr. Buch, Johanna Moosdorf, Peter Chotjewitz, usw.

Das Initiativkomitee lädt für Samstag, den 13. 12. zu einem Gespräch über die weitere Arbeit des Komitees ein. Treff: Frankfurt/M., Gildestuben, Bleichstraße 38 a, 16 Uhr.

Gasvertrag Bonn-Teheran-Moskau

Ungewöhnliche Vorteile- aber für wen?

In der vergangenen Woche ist in Teheran zwischen der Ruhrgas AG, dem Iran und den russischen Sozialimperialisten das größte Erdgasgeschäft der Welt abgeschlossen worden. Elf Milliarden Kubikmeter Erdgas sollen ab 1981 jährlich durch eine russische Pipeline vom Iran in die Bundesrepublik, nach Österreich, Frankreich und in die Beneluxländer geliefert werden.

Die modernen Revisionisten der D,,K''P haben dieses Geschäft durch eine Stellungnahme ihres Präsiumsmitgliedes Müller sogleich feiern lassen und behauptet, nun sei die Energieversorgung der Bundesrepublik bis zum Jahre 2003 (solange läuft der Vertrag) ,,zu einem beachtlichen Teil . . . abgesichert'' und sie zitieren voller Zustimmung die NRZ, die von ,,ungewöhnlichen Vorteilen für alle Beteiligten'' spricht. **In der Tat, dieses Geschäft bringt ungewöhnliche Vorteile — aber für wen?**

Es ist klar, daß die russischen Sozialimperialisten bei diesem Geschäft den Haupttrumpf in der Hand haben. Sie sind es, die mit der Pipeline, durch die das Gas in unser Land kommt, eine Schlüsselposition innehaben. Insgesamt 7% des Erdgasbedarfs der Bundesrepublik wird durch diese Pipeline fließen. **Mit den bisherigen Gaslieferungen aus der Sowjetunion kontrollieren die Neuen Zaren im Kreml dann 20% des gesamten Erdgasverbrauchs in der Bundesrepublik.** Die Kontrolle über diesen großen Teil des westdeutschen Energiemarktes bekommen die russischen Sozialimperialisten zu äußerst günstigen Bedingungen. Zwei Mrd. Kubikmeter jährlich können sie für sich abzweigen, ohne auch nur einen Pfennig dafür zu bezahlen, indem sie das iranische Gas selbst verbrauchen und in die Bundesrepublik aus näherliegenden russischen Feldern liefern und so die Transportenergie ,,sparen''. Für den Ausbau ihres — auch strategisch wichtigen — Röhrennetzes werden die russischen Sozialimperialisten einen Kredit deutscher Banken erhalten.

Entscheidend aber ist, daß die russischen Sozialimperialisten ab 1981 20% des westdeutschen Erdgasverbrauchs kontrollieren werden, daß sie damit ein Druckmittel in der Hand haben, welches sie für ihre aggressiven Ziele, für ihre Expansion unbedenklich einsetzen werden.

Die beiden Supermächte kontrollieren den größten Teil der Energieversorgung der Bundesrepublik. Schon jetzt liegt der Erdölmarkt fast vollständig in den Händen der US-Konzerne, den Markt für Uran teilen sich die USA und die Sowjetunion zu gleichen Teilen, und nun sollen die russischen Sozialimperialisten auch noch ein Fünftel des Erdgasmarktes kontrollieren.

Die westdeutschen Imperialisten aber, die diesen Vertrag abgeschlossen haben — die Ruhrgas AG ist eine gemeinsame Tochter von Mannesmann, Hoesch, Krupp, Thyssen und der bundeseigenen VEBA — verkaufen, wenn es um ihren Profit geht, und sie werden an diesem Geschäft und den mit ihm verbundenen Röhrenlieferungen an die Sowjetunion eine Riesensumme verdienen, unbedenklich die nationalen Interessen unseres Volkes — diesmal für Rubel. Kein Wunder, daß die Neuen Zaren im Kreml voller Freude gleich vier Minister nach Teheran schickten, um den Vertrag zu unterzeichnen.

Völliges Fiasko für Moskaus Wirtschaft

In Moskau hat vor einigen Tagen die Jahresabschlußsitzung des sowjetischen Parlamentes stattgefunden, auf der alljährlich ein Bericht über die Entwicklung der Wirtschaft des vergangenen Jahres sowie Etat und Plan des nächsten Jahres bekanntgegeben werden. Diesmal wurde zugleich der Fünfjahrplan 1971-75 abgeschlossen.

Was nicht einmal die russischen Sozialimperialisten wagten, dazu sind die D,,K''P-Revisionisten offensichtlich dummdreist genug: Laut verkünden sie ,,große Erfolge'' der sowjetischen Wirtschaft, ,,Wohlstand der Bevölkerung'' und eine ,,Senkung des Militäretats''. Was aber sind die Tatsachen? Zum einen wird selbst in dem Bericht der russischen Sozialimperialisten festgestellt, daß die Militärausgaben im nächsten Jahr genauso hoch seien wie in diesem Jahr. Angeblich aber sei der Anteil am Gesamthaushalt geringer, weil dieses gestiegen sei. Doch auch das ist noch unwahr. Wer kennt nicht die Tricks, mit denen die Imperialisten ihre Militärhaushalte hinter anderen Posten des Staatsetats verstecken? Nicht anders tun das die Neuen Zaren: Wo zum Beispiel neue Rüstungsbetriebe gebaut werden, fällt das unter den Posten ,,Schwerindustrie'', wo neue Waffen entwickelt, militärische Programme für den Weltraum erprobt und ausgebaut werden, fällt das unter den Posten ,,Forschung''. **Auf diese Weise beträgt der tatsächliche Anteil der Militärausgaben der Sowjetunion, wie die Nachrichtenagentur Hsinhua berichtet, 20% des Volkseinkommens. Das heißt: Jeder fünfte Rubel rollt für Moskaus Rüstung! Kanonen statt Butter, das ist die Politik der Neuen Zaren, die Politik einer aggressiven Supermacht, die nach Weltherrschaft giert.**

Die Rüstung allerdings dürfte der einzige Posten sein, wo die russischen Sozialimperialisten ihren Plan des letzten Jahres und der letzten fünf Jahre übererfüllt haben. Am deutlichsten zeigt sich das auf dem Gebiet der Landwirtschaft, wo in diesem Jahr nicht einmal 64% des Plans erfüllt worden sind, stattdessen Millionen Tonnen Getreide im Ausland aufgekauft werden mußten. Daß das nicht etwa, wie die Revisionisten beteuern, am schlechten Wetter liegt, sondern Ausdruck des völligen Fiaskos der kapitalistisch entarteten Landwirtschaft ist, zeigt der Vergleich mit dem wahrhaft sozialistischen China, wo die Volksmassen trotz Dürre und Überschwemmungen eine neue Rekordernte einbrachten. Auch auf dem Sektor der Schwerindustrie konnte nur deshalb ,,Planerfüllung'' verkündet werden, nachdem die Planziffer bereits im Verlauf des letzten Jahres drastisch gesenkt worden ist. Für das nächste Jahr ist jetzt schon angekündigt worden, daß die geplante Produktionssteigerung der Schwerindustrie um 50% gekürzt werden muß!

Besonders schlimm für die Werktätigen ist der Rückgang in der Produktion der Konsumgüterindustrie. Noch auf dem letzten Parteitag hatte Breschnew der Bevölkerung große Versprechungen gemacht. Einig Beispiele, die die Revisionisten eindeutig Lügen strafen, seien kurz nur dargelegt: In den letzten vier Jahren hat die Textilindustrie über drei Milliarden Quadratmeter weniger produziert als der Plan vorsah. Für 1975 ist der Plan allein um 900 Mio. qm gekürzt worden. In den vergangenen vier Jahren wurden über 310 Mio. Paar Lederschuhe und über 840 000 Kühlschränke weniger als im Plan vorgesehen erzeugt. Die Produktion von Waschmaschinen betrug im Jahr 1974 59% der Produktion von 1970. In den vergangenen Jahren erhielt der sowjetische Markt 2,5 Mio. Tonnen Fleisch und ferner Millionen Tonnen Kartoffeln, Milch, Gemüse und Obst weniger als vorgesehen. Das sind nur einige wenige Tatsachen, die zeigen, daß von den Lügen der Breschnew und Co., wie auch der D,,K''P-Revisionisten über Erfolgsrekorde nur eines letztlich geblieben ist: Die Normen für die Arbeit, die die Werktätigen den Neuen Zaren zu erbringen haben, erreichten neue ,,Rekorde'' und sie sollen auch im folgenden Jahr drastisch erhöht werden.

Kurz berichtet

WESTBERLIN

Im Westberliner Süden erschien jetzt die erste Betriebszeitung für die Krankenhäuser. Seit mehreren Monaten hat die Partei diesen Schritt vorbereitet, Sympathisanten wurden zusammengefaßt, durch die Arbeit in oppositionellen Gruppen neue Sympathisanten gewonnen und zwei Veranstaltungen zum Thema der RGO durchgeführt. Im Herbst wurde dann die Zelle gegründet, eine eigene Leserunde eingerichtet und die erste Ausgabe der Betriebszeitung herausgegeben. Schwerpunkt der Arbeit wird das Klinikum Steglitz sein. Dort ist inzwischen auch ein zusätzliches Extrablatt erschienen.

HANNOVER

In Hannover wurde vom 24.-29. 11. 75 eine Solidaritätswoche mit den in Köln angeklagten türkischen Patrioten durchgeführt. Dabei führten die Partei, die RHD, Aydinlik-Sympathisanten, die FRAP, die CISNU und die GRF (KPD) zahlreiche Solidaritätsaktionen durch. Es wurde ein deutsch-türkisches Flugblatt verteilt, Plakate verklebt und Agitationsstände durchgeführt. Zur Solidaritätsveranstaltung kamen schließlich 80 deutsche und ausländische Kollegen und Genossen. Eine Spendensammlung zur Unterstützung der Angeklagten ergab 128,68 DM. Am Tag nach der Veranstaltung wurde noch ein Agit-Prop-Marsch durch Hannover-Linden durchgeführt. Während dieses Marsches wurden auch rund 700 Extrablätter des ROTEN MORGEN ,,Ein Gesetz gegen Dich'' verteilt.

SINGEN/RADOLFZELL

Am 18. 11. 75 veranstaltete die ROTE GARDE Singen/Radolfzell einen Albanienabend (Reisebericht mit Diavortrag). Aufgerufen dazu wurde mit Flugblättern, die vor Berufsschulen und einem Betrieb verteilt wurden. Zur Veranstaltung kamen schließlich 37 Freunde und Genossen, darunter auch Genossen des KBW. Auf der Veranstaltung wurden 57 DM für eine Druckmaschine gespendet. Derselbe Vortrag wurde einige Tage später noch einmal in der Wohnung von Freunden in einem Dorf gezeigt, wo er noch zusätzlich weitere Sympathisanten erreichte.

MANNHEIM-LUDWIGSHAFEN

Am 27. 11. 75 fand in Ludwigshafen eine Veranstaltung der ROTEN GARDE statt, die von fast 70 Freunden und Genossen besucht wurde. Auf der Veranstaltung wurde ein Film gezeigt, den Genossen diesen Sommer bei einem Besuch in der Volksrepublik China gedreht hatten. Mit großem Beifall wurde auf der Veranstaltung Genosse Peter Bayer begrüßt, der zwei Tage zuvor freigelassen worden war. Die ROTE GARDE überreichte ihm als Geschenk einen Satz chinesischer Briefmarken. Außerdem wurde über die geplante Strafrechtsänderung informiert. Zur Unterstützung des Kampfes der Partei gegen dieses Gesetz wurden über 220 DM gesammelt. Die Teilnehmer verabschiedeten außerdem eine Resolution an die politischen Gefangenen.

WESTBERLIN

Am 25. 11. veranstaltete der KSB/ML am Psychologischen Institut der ,,Freien Universität Berlin'' ein Solidaritätsfest mit dem Kampf der spanischen Völker anläßlich des Todes des Henkers Franco. Die Veranstaltung erbrachte insgesamt 130 DM Spende für die FRAP.

Den Abonnements liegt eine Beilage bei.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 41706—466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,—DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davor sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

BLEIDENSTADT.

Mit Hundestaffel gegen streikende Arbeiter

Seit dem 29. Oktober streiken die Arbeiter der Feinstrumpffabrik Eles im Taunus für die Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen und für Lohnerhöhungen. Die Löhne und die Arbeitsbedingungen entsprechen nicht einmal den tariflich festgelegten Bestimmungen, sondern liegen weit darunter. Der Kapitalist Szor weigert sich, die tariflichen Bestimmungen anzuerkennen, denn er ist nicht im Arbeitgeberverband und deshalb sind für ihn die ausgehandelten Tarife auch nicht bindend.

Die Fabrik liegt in einer ländlicher Gegend, ziemlich abgelegen. Die 163 Arbeiter sind meist ausländische Arbeiter, die in unverschämter Weise von Szor ausgebeutet werden.

Täglich wurde bis zu 16 Stunden gearbeitet. Schwangere Mädchen mußten 14 Stunden arbeiten, sie waren teilweise nicht älter als 17 Jahre. Selbst Kinder zwischen 8 und 10 Jahren haben in der Fabrik gearbeitet, wie Szor in einem Interview mit einer türkischen Zeitung selbst zugab. Urlaub gab es nur 18 Tage, kein Urlaubsgeld, wenig Weihnachtsgeld usw.

Der Streik wurde auf einer Belegschaftsversammlung beschlossen, nachdem die Verhandlungen über einen Haustarif gescheitert waren. Die Kollegen bildeten Streikposten und eine Streikleitung.

Die Gewerkschaftsführer der Gewerkschaft Textil/Bekleidung haben sich an die Spitze des Kampfes gestellt, um diesem Kampf die Schärfe zu nehmen und ihn auf Bahnen der Klassenversöhnung zu lenken. Sie tun so, als wurde der Kapitalismus der Arbeiterklasse per Gesetz und Verträgen gute Arbeitsbedingungen garantieren und es käme eben darauf an, den „verknöcherten", „rückständigen" Kapitalisten Szor zur Vernunft zu bringen, ähnlich wie sie es im Fall Erwitte gemacht haben. Sie verleugnen, daß die Arbeiterklasse jede Verbesserung und jede Erleichterung in harten Kämpfen den Kapitalisten abringen mußte, wobei Verträge und Abmachungen lediglich eine kurze Kampfpause bedeuten, um neue Kräfte für den nächsten Kampf zu sammeln. Deshalb versuchen sie, die Kollegen dazu zu bringen, daß sie auf Verhandlungen der Arbeitsgerichte hoffen, und nicht durch entschlossenen Kampf ihre Forderungen durchsetzen, wie sie es auch in Erwitte mit den Zementarbeitern gemacht haben. Die Kollegen streiken aber trotz dieser Versuche, den Kampf zu verraten, entschlossen weiter. Seit 5 Wochen riegeln sie das Tor ab und verhindern, daß Streikbrecher ins Werk kommen.

Während die Gewerkschaftsführer versuchen, den Kampf der Arbeiter von innen her zu sabotieren, indem sie ihn auf Bahnen der Klassenversöhnung zu lenken versuchen, wird von der Polizei und von Streikbrechern versucht, den Kampf von außen zu zerschlagen. In faschistischer Manier sind Streikbrecher mit einem Auto in eine Kette Streikposten gefahren und haben eine jugoslawische Arbeiterin so verletzt, daß sie ins Krankenhaus mußte.

Am 14. 11. kam es zu einem brutalen Polizeieinsatz. Streikposten wollten Streikbrecher hindern, ins Werk zu gelangen. Mit Polizeigewalt sollte das verhindert werden. Aus Wiesbaden sind 15 verschiedene Polizeiwagen angerückt, Polizisten in voller Kampfausrüstung und eine Hundestaffel ging auf die Kollegen los. Zwei Kollegen wurden verletzt, einer mußte auch ins Krankenhaus. Seitdem Szor die Arbeiter in der dritten Woche des Streiks ausgesperrt hat, stehen ständig Polizisten bereit, um Streikbrechern den Weg in den Betrieb zu bahnen. Einstimmig haben die Kollegen diesen Polizeiüberfall auf einer Streikversammlung verurteilt.

Der Kommentar von Fritz Meyer, Sekretär der Verwaltungsstelle Frankfurt der Gewerkschaft Textil und Bekleidung, der in der Streikleitung sitzt: „Daß die Polizei auf Seiten derjenigen steht, die Gesetz und Verträge mit Füßen treten", das nennt er einen „unerträglichen Zustand". Als ob die Polizei eine neutrale Institution ist, die mal der Kapitalistenklasse und mal der Arbeiterklasse dient und sie auf der Grundlage von Gesetzen und Verträgen eint. **Die Eles-Arbeiter haben selbst erfahren, wie die Polizei als Gewaltinstrument der Kapitalistenklasse eingesetzt wird, um solche Kämpfe zu zerschlagen. Aber weil die Gewerkschaftsführer die kapitalistische Ausbeuterordnung aufrechterhalten wollen, haben sie auch kein Interesse daran, daß die Arbeiter sich in diesen Kämpfen stählen. Deshalb versuchen sie, die unversöhnlichen Klassenwidersprüche zu verschleiern und Illusionen in Polizei, Gerichte, in den Staatsapparat zu züchten, um so die Kampfkraft der Arbeiter zu lähmen.**

Der Kampf des Eles-Arbeiter geht weiter, obwohl der Betrieb unter Polizeischutz steht und sich Gerüchte breit machen, daß der ganze Betrieb aufgelöst werden soll.

Westberlin

ÖTV-Führer wollen Betriebsgruppen auflösen

Um den Gewerkschaftsapparat noch gezielter und besser als Unterdrückungsinstrument gegen den Kampf der Kollegen einzusetzen, vernichten die Gewerkschaftsführer auch die letzten Reste der noch bestehenden „innergewerkschaftlichen Demokratie" und richten ihren Apparat noch straffer nach den Interessen der Bonzen aus.

Vor kurzem fanden in Westberlin Vertrauensleutewahlen der ÖTV in verschiedenen Krankenhäusern statt. Trotz verschiedener Manöver gelang es den ÖTV-Führern nicht, zu verhindern, daß eine Reihe Roter Vertrauensleute gewählt wurden, die den Aufbau der RGO vorantreiben wollen. Neben dem Vertrauensleutekörper (VLK) gibt es auch noch Betriebsgruppen, in denen Vertrauensleute und die ÖTV-Gewerkschafter arbeiten. Diese will die ÖTV-Führung aber jetzt auflösen mit der Begründung, daß die Betriebsgruppen jetzt durch die VLKs ersetzt werden. Damit wollen sie einerseits die Opposition, die in diesen Betriebsgruppen gewachsen ist, zerschlagen, andererseits können sie die Betriebsgruppen nicht so einfach als Instrumente für die Durchsetzung ihrer Politik in den Krankenhäusern einsetzen, das können sie mit einem VLK viel besser, denn dort haben sie mehr Möglichkeiten, ihren Einfluß durchzusetzen.

So haben sie sofort Richtlinien erarbeitet, mit denen die VLKs vollkommen zum Instrument der ÖTV-Bonzen gemacht werden. Z. B. müssen die gewählten Vertrauensleute von den Bonzen bestätigt werden. Damit wollen sie natürlich Kommunisten und Revolutionären den Weg in den VLK versperren. Die Sitzungen müssen bei den Bonzen angemeldet und genehmigt werden, die Abteilungsvorstände der ÖTV sollen nur noch von den Vertrauensleuten gewählt werden und nicht mehr wie bisher von allen Gewerkschaftsmitgliedern.

In der Praxis sah das dann so aus: Die erste Versammlung der Vertrauensleute wurde von den ÖTV-Bonzen gesprengt, weil ein ausgeschlossener KBW-Genosse zuhören wollte. Bei der zweiten Sitzung, auf der 68 Kollegen anwesend waren, stellte sich Bodo Fast (ÖTV-Bonze) an die Tür, um die Kollegen nach seiner Liste zu sieben. Es gab großen Protest auf dieser Versammlung gegen die Absicht, die Betriebsgruppen aufzulösen und gegen die reaktionären Richtlinien. Die Verräter der „S"EW, das Gegenstück der D„K"P in Westberlin, unterstützten diese reaktionären Richtlinien. Sie sagten: „Sie sind in der Tendenz gut".

Mit Hilfe der „S"EW-Verräter gelang es den ÖTV-Bonzen auch, die zwei fortschrittlichen Vertrauensleutevorsitzenden abzusetzen. Auf einer ÖTV-Versammlung in der letzten Woche, auf der 35 V-Leute und 50 weire Kollegen waren, war ein wichtiger Streitpunkt, wer die Vorsitzenden wählt. Die meisten Kollegen waren dafür, daß die Betriebsgruppe die Vorsitzenden wählt, während die „S"EW-Verräter es erreichten, daß die Mehrheit der Vertrauensleute dafür war, daß nur die Vertrauensleute wahlberechtigt sind. Gegen den Willen der Mehrheit der Kollegen setzten sie das durch und wählten die fortschrittlichen Vorsitzenden ab.

Die Roten Vertrauensleute und andere fortschrittliche Kollegen kämpfen gegen diese Politik, sie wollen die weitere Existenz der Betriebsgruppen und zwar als oberstes Organ der Gewerkschaft im Betrieb, dem der VLK rechenschaftspflichtig ist.

Diese Beispiele zeigen, wie die Opposition gegen die Gewerkschaftsbonzen wächst und Ansätze von RGO-Gruppen sich in den Gewerkschaften entwickeln. **Der Zusammenschluß der Kollegen zu revolutionären Oppositionen in den Gewerkschaften muß aktiv unterstützt werden, um den Aufbau der RGO in den Gewerkschaften voranzutreiben und die Kollegen für die Politik des revolutionären Klassenkampfes gegen den Einfluß der Gewerkschaftsführer zu gewinnen.**

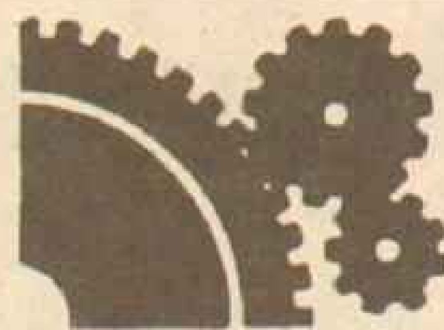
60 000 Entlassungen geplant

Fortsetzung von Seite 1

eingeschränkt werden muß. Doch wer ist verantwortlich für die Defizite, die schon über 10,5 Mrd. DM in diesem Jahr gestiegen sind? Das sind die Kapitalisten und der kapitalistische Staat selber.

Die Bundesbahn ist für sie ein billiges Transportmittel, mit zig Vergünstigungen in ihrem Güterverkehr. Darüber hinaus machen die Kapitalisten auch noch ihre Geschäfte mit der Produktion für die Bundesbahn. Der Ausbau, die Instandhaltung usw. das soll alles aus Steuergeldern, den Fahrpreisen usw. bezahlt werden. Mit der Krise haben sich die Defizite jetzt noch schneller gesteigert. Diese Defizite sollen durch die Rationalisierungsmaßnahmen auf die Bevölkerung abgewälzt werden, dazu werden Tausende entlassen, dazu werden ganze Strecken und Bahnhöfe stillgelegt.

Das Interesse der Arbeiter ist es nicht, die Bundesbahn rentabel zu machen und den Kapitalisten zu noch mehr Profiten zu verhelfen, sondern den Kampf gegen diese staatliche Ausplünderung aufzunehmen.



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Schikane gegen Arbeitslose

Wenn alles „regulär" läuft beim Arbeitsamt, bedeutet das für die Bourgeoisie bereits billige Arbeitskräfte und fette Profite, für die Arbeiterklasse dagegen „reguläre" Ausbeutung und Unterdrückung. Aber selbst das genügt den Kapitalisten noch nicht. Durch Schikanen, Tricks und Extrasauerein versucht das Arbeitsamt auch noch, die Kollegen um ihre geringe Unterstützung zu betrügen, sie hinzuhalten, zu demütigen und mürbe zu machen. Folgende Geschichten dazu erzählten uns die arbeitslosen Kollegen:

„Herumschicken für Nichts"

Ein Elektromechaniker, der schon seit Monaten kein Geld bekam, wurde vom Arbeitsamt „vermittelt": er bekam eine Adresse, nähere Angaben wurden nicht gemacht. Die Adresse entpuppte sich als Amikaserne. Dort hätte er Parkwächter machen sollen. 4 Stunden vormittags, dann 4 Stunden Pause, dann 4 Stunden nachmittags — also für ihn 12 Stunden. Kommentar der Amis: „Wir brauchen einen Parkwächter, keinen Elektromechaniker!" Die Bezahlung war natürlich meserabel. Also rumgeschickt für nichts. Folge: kein Geld!

„Arbeitslosenunterstützung kriegt nur einer!"

Ein 47-jähriger Spüler ist seit 5 Monaten arbeitslos. Er hat noch immer kein Geld. Seine Frau, Platzanweiserin, ist halbseitig gelähmt und seit 3 Jahren arbeitslos. Ihre Arbeitslosenhilfe wurde sofort gestrichen, als ihr Mann ebenfalls arbeitslos wurde. Begründung: Arbeitslosenunterstützung kriegt nur einer! Folge: jetzt haben sie überhaupt kein Geld mehr! Nachfragen und Beschweren half nichts. Der letzte Trick: „Ohne Merkblatt gibt es prinzipiell kein Geld" (Sonst hieß es immer „ohne Stammnummer . . .", und die hatten sie natürlich dabei). Die Empörung wächst, und beide werden etwas lauter. Sofort wird mit der Polizei gedroht. Folge: wieder kein Geld!

Falsches Formular ausgefüllt ...

Ein anderer Kollege wird wegen eines falschen Formulars weggeschickt. Dieses Formular hatte er vom Arbeitsamt bekommen, an der Stelle, die ihn weitergeschickt hatte. Man muß noch dazusagen, daß es bei dieser Stelle sicher klar war, welches Formular das richtige gewesen wäre: das Arbeitsamt hat dem Kollegen bewußt ein falsches Formular gegeben, um ihn länger schmoren zu lassen.

Falsche Auskünfte erhalten . . .

Ein Kollege hatte längere Zeit in dem (wohl auch nicht ohne Absicht) sehr unübersichtlich organisierten Arbeitsamt gewartet: an einer falschen Stelle. Als er von einem Kollegen darauf aufmerksam gemacht wurde, ging er mit diesem Kollegen zum Pförtner, um sich eine Nummer — für den Vorschuß — geben zu lassen (Er wartete nun schon zwei Monate auf sein Geld). Der Pförtner: „Da hätten sie früher aufstehen müssen! Das Arbeitsamt macht um 8 Uhr auf!" Das war eine absichtlich falsche Auskunft. Um eine Nummer für den Vorschuß zu bekommen, muß man zwischen 7 und 7.45 Uhr da sein, sonst bekommt man keine mehr. Das weiß der Pförtner — er gibt die Nummern aus — natürlich ganz genau. Hätte dieser Kollege nicht von einem anderen Kollegen erfahren, daß er erstens auch ohne Nummer noch eine Chance hat am gleichen Tag dranzukommen, und das zweitens die Auskunft des Pförtners falsch war, wäre er tagsdarauf — und wieder vergeblich — wiedergekommen, und das alles, damit man ihm sein Geld noch länger vorenthalten kann, damit er durch die ewige Rumfahrerei (er wohnt in einer anderen Stadt) und Warterei mürbe gemacht würde.

Akten verlegt . . .

Anderen Kollegen tischten die vom Arbeitsamt verschiedene Geschichten auf, um die Auszahlungen zu verzögern. So immer wieder die Geschichte von den „verlegten Akten". Die Kollegen sollten dann und wann wiederkommen, wenn sich ihre Akten gefunden hätten. Einem Kollegen, der sich darüber und über das geringe in Aussicht gestellte Geld (367 DM) empörte, sagte so ein Typ vom Arbeitsamt: „Seien sie doch zufrieden. Andere bekommen nur 2 Mark am Tag."

Falsche Kontonummer . . .

Eine andere Geschichte ist die von der Kontonummer, die die Kollegen angeblich verkehrt geschrieben hätten. Als ein Trick wurde diese Story ganz offenbar, als sich Kollegen, die gerade aus der Vorschußstelle kamen, über die angegebenen Gründe der Verschleppung der Zahlung unterhielten. Beiden war dasselbe gesagt worden: ihre Kontonummer hätte nicht gestimmt. . .

Üble Methode zur Kürzung des Arbeitslosengeldes

Immer wieder hörten wir von den Kollegen, die ihr Geld auch nach 2 oder 3 Monaten nicht bekommen hatten, die mit allen möglichen zynischen Ausreden abgespeist wurden, die irgendwelche viel schlechter bezahlten und oft nur kurzfristigen Jobs annehmen sollten; so erzählte einer, daß er, um wieder etwas mehr Geld zu haben, einen viel schlechter bezahlten Job (als seine letzte Arbeit) angenommen hatte. Nach vier Tagen wurde er dort gekündigt, das Arbeitsamt zahlt ihm seine Unterstützung jetzt auf der Grundlage des letzten miesen Lohns: von den vier Tagen!

Es ist natürlich nicht so, daß die Kollegen ruhig bleiben. Ihr Haß auf das Arbeitsamt und auf das ganze System wächst. So erzählten uns Kollegen auch, daß Weihnachten 74 arbeitslose Kollegen besonders arrogante Typen vom Arbeitsamt verprügelten. Aber dabei bleibt es nicht: aus jedem der mit den arbeitslosen Kollegen geführten Gesprächen wurde klar, daß sie immer intensiver nach einem Ausweg suchen, daß ihre Klarheit darüber wächst, daß sie diese Ausbeuter und ihren Gewaltapparat nur mit revolutionärer Gewalt verjagen können.

Erfahrungen eines „Umschülers"

Liebe Genossen!

Vor kurzem fing bei uns am Hochofen der Klöcknerhütte in Bremen ein neuer Kollege als Schmelzer an. Er ist Maurer von Beruf, war fast ein Jahr arbeitslos und hatte dann für ein halbes Jahr eine Umschulung als Schlosser gemacht. Und zwar war er bei einer kleinen Firma in seiner Heimatstadt Delmenhorst gewesen, wo er mithalf, Müllcontainer zusammenzubauen. Dabei lernte er etwas E-Schweißen, sonst nichts. Seinen Lebensunterhalt bekam er vom Arbeitsamt, von dem Unternehmer keinen Pfennig — dieser bekam im Gegenteil vom Arbeitsamt pro „Umschüler" noch eine einmalige Zahlung von 15 000 DM. Das wurde dem Kollegen auf dem Arbeitsamt sowie auch von dem Unternehmer ganz offen gesagt. Für diesen kleinen Kapitalisten lohnte sich die Sache dermaßen, daß er seine Arbeiter bis auf ganz wenige entließ und mit den „Umschülern" — er hatte damals 10 „Umschüler" — den Betrieb aufrecht erhielt.

Nach der Umschulung wurden dem Kollegen Stellen als Schlosser angeboten mit einem Stundenlohn um 7 DM rum, woran man sehen kann, daß die Kapitalisten von ihrer eigenen Umschulung nicht viel halten. Als Vater von drei Kindern mußte er solchen Hungerlohn natürlich ablehnen. Schließlich war er gezwungen, bei Klöckner anzufangen. Fahrtzeit pro Tag über 2 1/2 Stunden, schwerste körperliche Arbeit, kontinuierliche Schicht, Ruinierung der Gesundheit innerhalb weniger Jahre. Das hat ihm das System der sozialen Sicherung, Vorsorge des Staates für Weiterbildung usw. gebracht.

Zur Haltung von KBW und KABD

Mit der D'K'P/'S'EW keine Aktionseinheit

Im Kampf gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz ist es auf zentraler Ebene zu einer Aktionseinheit zwischen unserer Partei und der GRF (KPD) gekommen. Dagegen ist es nicht gelungen, den Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW) und den Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands (KABD) für eine Aktionseinheit zu gewinnen. Dabei gibt es bei der Einschätzung dieses faschistischen Gesetzes keine so schwerwiegenden Widersprüche, die einem Aktionsbündnis im Wege stehen würden. Der hauptsächliche Widerspruch, an dem die Bündnisverhandlungen mit dem KBW scheiterten und mit dem KABD nicht zustandekamen, entzündete sich an der Haltung zu den modernen Revisionisten der D,,K"P/,,S"EW.

KBW und KABD bestanden darauf, daß man ein Bündnis mit den modernen Revisionisten anstreben müsse. Es ist klar, daß diese Haltung der Genossen des KBW und des KABD ein schweres Hindernis für alle künftigen Bündnisverhandlungen darstellen wird. Deshalb fassen wir im folgenden noch einmal zusammen, warum unsere Partei jedes Bündnis, sei es auch noch so begrenzt, mit den modernen Revisionisten ablehnt.

,,Im Kampf gegen den Imperialismus kann es nur eine Einheit geben, nämlich die Einheit mit den Marxisten-Leninisten und mit allen Kräften, die auf richtigen antiimperialistischen Positionen stehen und das mit Tatsachen und nicht nur mit Worten zeigen. Aber nie kann es eine Einheit mit den Revisionisten, die eine Geburt des Imperialismus sind und ihm dienen, geben." (Das Testament Palmiro Togliattis ..., Tirana 1964, S. 17). Diese Feststellung der albanischen Genossen trifft unserer Ansicht nach den Kern der Frage. Im Grunde geht es darum, ob man die modernen Revisionisten als eine fortschrittliche Strömung einschätzt, die ,,richtige antiimperialistische Positionen" vertritt oder ob man der Ansicht ist, daß der moderne Revisionismus eine durch und durch reaktionäre Kraft ist, die sich in dieser Hinsicht keineswegs von offenen Faschisten beispielsweise unterscheidet.

D,,K"P/,,S"EW — Reaktion auf der ganzen Linie

Fassen wir noch einmal das Wesen des modernen Revisionismus zusammen: Der moderne Revisionismus ist eine konterrevolutionäre Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung. Seine soziale Basis ist die Arbeiteraristokratie, also jene kleine, höhergestellte Schicht der Arbeiterklasse, die durch Geld und Privilegien von der Kapitalistenklasse bestochen wurde (Gewerkschaftsbonzen usw.). Ziel des modernen Revisionismus ist der Kampf gegen die sozialistische Revolution. **Dabei streben die modernen Revisionisten die Errichtung einer sozialfaschistischen Diktatur über die Arbeiterklasse und alle Werktätigen nach dem Vorbild der heutigen revisionistischen Länder an.** Sozialfaschistisch heißt: der faschistische Terror soll demagogisch mit sozialistischen Phrasen verbrämt werden.

Bei der Verwirklichung dieses Ziels verfolgen D,,K"P und ,,S"EW mehrere Wege. Einmal erhoffen sie sich die Regierungsmacht von der Gunst der westdeutschen Monopolbourgeoisie. **Sie sind eine Agentur der Kapitalistenklasse in der Arbeiterbewegung.** Um das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen und um innerhalb der Arbeiterbewegung arbeiten zu können, nennen sie sich ,,kommunistische Partei". Aus dem gleichen Grund berufen sie sich auf Marx, Engels und Lenin. In Wirklichkeit verfälschen sie alle grundlegenden Lehren des Marxismus-Leninismus. Vor allem verbreiten sie in der Arbeiterklasse die Theorie des friedlichen, parlamentarischen Weges zum Sozialismus. Durch sie soll die Arbeiterklasse vom revolutionären Kampf abgehalten werden, soll sie ideologisch, organisatorisch und militärisch entwaffnet werden, damit sie wehrlos dem Terror der Konterrevolution ausgesetzt ist und nicht in der Lage ist, in der sozialistischen Revolution die Diktatur der Kapitalistenklasse zu zerschlagen. **Der moderne Revisionismus ist darum Wegbereiter des Faschismus.**

Die D,,K"P/,,S"EW ist aber auch Agentur des russischen Sozialimperialismus und Wegbereiter einer sozialimperialistischen Aggression. Finanziell von den Neuen Zaren im Kreml ausgehalten, versucht sie durch eine Propaganda des imperialistischen Pazifismus die Wachsamkeit unseres Volkes vor den Moskauer Kriegsplänen einzuschläfern und unter der Arbeiterklasse eine prosowjetische Stimmung zu verbreiten. Auch in diesem Sinne, weil sie den Aggressionsabsichten einer faschistischen Kriegstreibermacht den Weg zu ebnen versucht, ist die D,,K"P/"S"EW Wegbereiter des Faschismus.

Zusammengefaßt kann man also sagen: D,,K"P und ,,S"EW sind als Parteien des modernen Revisionismus Agentur des westdeutschen Imperialismus und des russischen Sozialimperialismus, sie sind in zweifacher Hinsicht Wegbereiter des Faschismus und sind selbst als politische Partei Träger des Sozialfaschismus. Der moderne Revisionismus ist durch und durch konterrevolutionär. Er ist der Hauptfeind in der Arbeiterbewegung.

In diesem Zusammenhang wird häufig der Einwand vorgetragen, daß die modernen Revisionisten zwar strategisch, von ihren Zielen her, reaktionär seien, daß sie aber im Tageskampf um demokratische oder wirtschaftliche Forderungen häufig eine fortschrittliche Rolle spielen würden. Wir wollen hier gar nicht auf einzelne Tagesforderungen der modernen Revisionisten eingehen, die in der Regel keineswegs objektiv fortschrittlich sind, sondern reaktionär sind, weil sie auf der Ideologie der Klassenversöhnung beruhen und die Arbeiterklasse an den imperialistischen Staat ketten und vom revolutionären Klassenkampf ablenken sollen. **Vor allem aber muß man doch davon ausgehen, daß die modernen Revisionisten durch ihr Eingreifen in die Tageskämpfe das Vertrauen der Massen gewinnen wollen, das sie in die Lage versetzt, ihre konterrevolutionären Ziele zu verwirklichen.** Genau das muß doch schonungslos entlarvt werden. Genau darum müssen die Marxisten-Leninisten gerade auch in den Tageskämpfen einen schonungslosen Kampf zur Entlarvung des modernen Revisionismus führen und dürfen ihnen nicht auch noch durch Bündnisangebote helfen, sich als ,,antikapitalistisch" und ,,links" herauszuputzen, um die werktätigen Massen zu täuschen.

Aktionseinheiten mit den modernen Revisionisten spalten die Arbeiterklasse

Wir zitieren im folgenden aus einem Brief der zentralen Leitung des KABD an unsere Partei, in dem die Genossen des KABD begründen, warum sie an den Bündnisverhandlungen zum Kampf gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz nicht teilgenommen haben: ,,*Die Verabschiedung der reaktionären Gesetzesvorlage ist für uns ein wichtiger Anlaß, unter den Kollegen die Wahrheit über den Charakter dieses Systems zu verbreiten und nach Möglichkeit breite Aktionseinheiten dagegen anzustreben. Wir verurteilen dabei alle Versuche von Organisationen durch ihre 'reinen Prinzipien' von vornherein diese Aktionseinheiten einzuschränken.*

Gerade die Auseinandersetzung mit Organisationen, in denen Arbeiter organisiert sind, um die Aktionseinheit und in ihr, wird dazu führen, Klarheit in den Reihen der Arbeiter zu schaffen und von der Aktionseinheit in wenigen Fragen zur Aktionseinheit in allen wesentlichen Fragen zu gelangen. Wir lehnen deshalb sowohl die Spaltungsversuche der DKP als auch der KPD/ML und der KPD entschieden ab. Oder ist es etwas anderes, wenn die Landesleitung der KPD/ML an die Ortsleitung des KABD in Stuttgart schreibt und ohne jegliche politische Einschätzung zur Aktionseinheit aufruft, dabei als erste Bedingung nennt, daß die modernen Revisionisten nicht teilnehmen. Ein glänzendes Zeugnis für Arbeiterpolitik.

Wie gesagt, wir sind für Aktionseinheiten, allerdings auf korrekter, prinzipieller Grundlage!"

Welche ,,prinzipielle Grundlage" für eine Aktionseinheit mit den modernen Revisionisten haben die Genossen des KABD da wohl im Auge? In ihrem Brief ist zwar sehr viel von Aktionseinheit und Einheit der Arbeiterklasse die Rede, aber gar nicht von der ,,prinzipiellen Grundlage", auf der diese Einheit sich gründen muß. Wenn wir die Genossen des KABD richtig verstehen, wollen sie über Aktionseinheiten zur Einheit mit den modernen Revisionisten in allen wesentlichen Fragen kommen. Aber auch ohne jede Polemik bleibt als Tatsache, daß die Genossen des KABD mit keinem Wort auf das Wesen des modernen Revisionismus eingehen, daß sie die D,,K"P/,,S"EW als Teil der Arbeiterklasse sehen, ohne gleichzeitig darauf einzugehen, daß es sich hier um eine Agentur des westdeutschen Imperialismus und des russischen Sozialimperialismus in der Arbeiterbewegung handelt. Mit keinem Wort wird also auf den konterrevolutionären Charakter des modernen Revisionismus eingegangen. Der Kampf zwischen Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus wird nicht als Teil des Klassenkampfes betrachtet, sondern lediglich als Problem der Spaltung der Arbeiterklasse. Nebelhaft wird von Organisationen gesprochen, in denen ,,Arbeiter organisiert sind". Der KBW will die Frage des Bündnisses vom Masseneinfluß einer Organisation abhängig machen. Zweifellos sind in der D,,K"P und in der ,,S"EW Arbeiter organisiert, wenn auch nicht so viele wie in der SPD, der CDU oder einst in der NSDAP nach 33. Aber das ist in diesem Zusammenhang doch nicht die entscheidende Frage. **Entscheidend ist die Frage nach dem Klassencharakter einer Organisation und der Klassencharakter der D,,K"P/,,S"EW ist imperialistisch, obwohl Arbeiter in ihr organisiert sind.**

Der KABD greift unsere Partei an, sie ginge spalterisch vor, weil sie ein Bündnis mit dem modernen Revisionismus ablehnt. Leider sagt der KABD nicht, welche Einheit unsere Partei angeblich spaltet und auf welcher Grundlage diese angebliche Einheit beruht. Unsere Partei kämpft für die Einheit der Arbeiterklasse und aller Werktätigen auf revolutionärer Grundlage: Diese revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse kann nur im scharfen Kampf gegen den modernen Revisionismus und gegen alle Einflüsse bürgerlicher Ideologie, gegen alle Handlanger der Kapitalistenklasse in der Arbeiterklasse erkämpft werden. **Diese revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse bedeutet, daß man den modernen Revisionismus vollständig entlarven und isolieren muß. Wer dagegen die Einheit mit dem modernen Revisionismus sucht, schadet der revolutionären Einheit der Arbeiterklasse.** Der moderne Revisionismus und seine freiwilligen und unfreiwilligen Wasserträger sind es, die die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse untergraben und nicht die Kommunisten, die einen prinzipienfesten Kampf gegen den modernen Revisionismus führen.

Kann man die modernen Revisionisten in der Aktionseinheit besser entlarven?

Besonders der KBW-Vertreter erklärte bei den Bündnisverhandlungen, der KBW wolle die modernen Revisionisten lediglich in die Aktionseinheit miteinbeziehen, um sie besser entlarven zu können. Auf welcher Grundlage entlarven und bekämpfen? Soll man von der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus aus den konterrevolutionären Charakter des modernen Revisionismus entlarven, — dann aber sehen wir nicht, wie das innerhalb einer Aktionseinheit möglich sein soll. Wer soll denn diese Art der Entlarvung noch verstehen: man verbündet sich mit einer Organisation, von der man sagt, daß sie durch und durch reaktionär ist. Auf dieses Basis köme eine Aktionseinheit auch niemals zustande. Oder aber — und dafür spricht die bisherige Praxis des KBW — man will den modernen Revisionismus gar nicht von der Grundlage der marxistisch-leninistischen Prinzipien aus angreifen, sondern sich auf den Rahmen des Tageskampfes beschränken. Dann geht es nicht mehr darum, daß der moderne Revisionismus durch und durch reaktionär ist, sondern darum, daß der KBW besser als die D,,K"P/,,S"EW für die Interessen des Volkes kämpft. **Eine solche ,,Entlarvung" ist in Wirklichkeit Schützenhilfe für den modernen Revisionismus, weil sie den konterrevolutionären Charakter des modernen Revisionismus vertuscht.** Ein Musterbeispiel für diese Art der ,,Entlarvung" des modernen Revisionismus sind die Diskussionen zwischen KBW und D,,K"P-Vertretern, wie sie auch in der ,,UZ" publiziert wurden, die dann damit enden, daß die D,,K"P dem KBW Rechtsopportunismus vorwirft. Der KBW findet es einen großen Erfolg seiner ,,Umarmungstaktik", daß die D,,K"P diese Diskussionen veranstaltet, daß es eine Strömung innerhalb der D,,K"P gibt, die den KBW von der sogenannten ,,Maoisten-These" ausnehmen will. Die Genossen des KBW haben offensichtlich folgende Worte des Vorsitzenden Mao vergessen: ***,,Ich bin der Meinung, daß es für uns — sei es für den einzelnen, für eine Partei, eine Armee oder eine Schule — schlecht ist, wenn der Feind nicht gegen uns Front macht, denn in diesem Fall würde es doch bedeuten, daß wir mit dem Feind unter einer Decke stekken.***"

Worauf laufen die Vorschläge der KBW-Genossen zum Vorgehen gegen den modernen Revisionismus hinaus? Sie wollen nicht den offenen Kampf, sondern eine Art ,,Umarmungstaktik". Sie wollen nicht den unversöhnlichen Bruch, sondern durch Aktionseinheiten und Podiumsdiskussionen eine trügerische ,,linke" Einheit aufrechterhalten. Demzufolge können sie den modernen Revisionismus nicht von der Grundlage der marxistisch-leninistischen Prinzipien aus angreifen (das würde offenen Bruch bedeuten), sondern wollen mit der D,,K"P um konkrete Probleme des Tageskampfes streiten. Das ist knapp zusammengefaßt die ,,kluge" Taktik des KBW. Erfunden wurde sie übrigens gar nicht vom KBW, sondern von Palmiro Togliatti, dem ehemaligen Führer der modernen Revisionisten Italiens. Die albanischen Genossen schrieben 1964 in der bereits zitierten Broschüre dazu: ***,,Und um die völlige Entlarvung des Revisionismus zu vermeiden, fordert er, daß man die Polemik von den prinzipiellen Fragen entferne und sie auf unwichtige Diskussionen, auf Fragen des Alltags konzentriere.***" (S. 9) Die albanischen Genossen kommentieren Togliattis Empfehlung an die modernen Revisionisten wie folgt: ***,,Mit diesem Vorschlag wirft Palmiro Togliatti eine sehr gefährliche Idee auf ... Die auf prinzipienfester Basis geführte Polemik ist der sichere Tod für die Revisionisten, weil sie vor der Masse der Kommunisten und der Werktätigen die flagrante Entfernung der Revisionisten von den Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus offen zeigt, weil sie ihr wahres Gesicht als Renegaten enthüllt.***" (S. 8) An anderer Stelle seines ,,Testaments" geht Togliatti darauf ein, ob es sinnvoll, ist die Spaltung zwischen den revisionistischen Parteien und den marxistisch-leninistischen Parteien auch organisatorisch und offiziell zu vollziehen und er kommt zu dem Schluß, daß dies schädlich für die Sache der Revisionisten ist. (Vgl. S. 13 f).

Wir erinnern die Genossen des KBW an diese Ausführungen Togliattis, um ihnen zu zeigen, daß auch der moderne Revisionismus in seinem Kampf gegen den Marxismus-Leninismus verschiedene Wege beschreitet. Auf der einen Seite geht er offen sozialfaschistisch und antikommunistisch gegen die Marxisten-Leninisten vor. Das tut er vor allem dann, wenn er sieht, daß er unversöhnlich bekämpft wird. Auf der anderen Seite bedient auch er sich der ,,Umarmungstaktik", wenn er eine schwache Stelle sieht, wo er seinen Griff ansetzen kann. Wir meinen — ohne Umschweife gesagt, — daß die geänderte Taktik der D,,K"P gegenüber dem KBW kein Erfolg der ,,klugen Politik" des KBW ist, sondern eine ,,Würdigung" der großen ideologischen Einbrüche, die die modernen Revisionisten beim KBW erzielt haben. Die Genossen des KBW sollten vielleicht noch einmal darüber nachdenken, wem bei der Umarmungstaktik am Schluß der Hals zugedrückt wird.

Unsere Partei lehnt das Bündnis mit dem modernen Revisionismus ab, weil dieser durch und durch reaktionär ist, weil es selbst in eng begrenzten Fragen des Tageskampfes keinen gemeinsamen Nenner zwischen der D,,K"P/,,S"EW und unserer Partei, sowie allen wirklichen Antiimperialisten geben kann. Durch die politische Praxis des KABD und des KBW werden wir darin bestärkt, daß das Streben nach Bündnissen mit den modernen Revisionisten in Wirklichkeit dazu führt, daß kein konsequenter, auf den marxistisch-leninistischen Prinzipien beruhender Kampf gegen den modernen Revisionismus geführt wird. Gegenwärtig ist die Situation noch so, daß weder der fortschrittlichste Teil der Arbeiterklasse noch die breiten Massen den Unterschied zwischen Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus voll verstehen. Ihr Vertrauen für den Marxismus-Leninismus können wir nur gewinnen, wenn wir in Wort und Tat zeigen, daß es nichts Gemeinsames, sondern nur Kampf zwischen uns und den Sozialfaschisten gibt. Wir können nicht hier zum Kampf gegen die Faschisierung aufrufen und gleichzeitig mit denen gemeinsame Sache machen, die überall dort, wo sie an der Macht sind, eine faschistische Diktatur über die Arbeiterklasse und alle Werktätigen errichtet haben.

Es ist, wie Genosse Enver Hoxha erklärt hat: ***,,Nach Meinung unserer Partei steht heute auf der Tagesordnung als großes aktuelles Problem nicht die Versöhnung und die Einheit mit den Revisionisten, sondern die Loslösung, die endgültige Trennung von ihnen.***

Erneuter Aggressionsakt Tel Avivs

Zionisten bombardieren Flüchtlingslager im Libanon

Am 2. Dezember haben die israelischen Zionisten den bisher schwersten Aggressionsakt gegen palästinensische Flüchtlingslager im Libanon verübt. 30 Flugzeuge warfen auf die Flüchtlingslager Naher el Bared und Badawie, die weit im Norden Libanons liegen, und auf das Lager Nabatya über 300 Bomben sowie Raketen ab. Wahllos wurden Schulen, Frauen, Kinder und Greise bombardiert. Die Lager sind nahezu völlig zerstört. Viele Menschen wurden bei dem Überfall ermordet, weit über hundert wurden schwer verletzt.

Wie bisher jeden ihrer mörderischen Aggressionsakte suchten die israelischen Zionisten auch diesmal wieder als „Vorgehen gegen Terroristen" auszugeben. Zynisch erklärte der israelische Botschafter in den USA, Dinitz: „Die bedauernswerten Verluste von Zivilpersonen sind auf die Gegenwart dieser Menschen in den Lagern und nicht auf unsere Absicht zurückzuführen." Sie seien in die Lager gelockt worden, um dort als Schutzschilde zu dienen. Nicht also den Mörder trifft die Schuld, sondern das Opfer?

Aus einer Karte, die einer israelischen Hetzschrift entnommen ist, wird deutlich, daß die israelischen Zionisten niemand anderes meinen und treffen wollen als das palästinensische Volk, wenn sie gegen angebliche „Terroristen" vorgehen. Als „terroristisch verseucht" sind in dieser Karte alle Flüchtlingslager des Libanon eingezeichnet. Und in diesen 17 Lagern leben nicht weniger als etwa 150000 Palästinenser. So hat das bombardierte Lager Naher el Bared die Größe einer Stadt, 16.000 Palästinenser leben dort. Sie müssen dort leben, weil sie von den israelischen Zionisten aus ihrer Heimat, aus Palästina mit blutigem Terror vertrieben worden sind.

Und es ist gerecht, wenn das palästinensische Volk alle Anstrengungen unternimmt, wenn es den bewaffneten Kampf führt, um seine Heimat zurückzuerobern, die zionistische Herrschaft zu zerschlagen und ein freies Palästina zu errichten, in dem Araber und Juden friedlich miteinander leben. Die israelischen Zionisten wissen sehr wohl, daß dieser Kampf nicht der Kampf einzelner „Terroristen" ist, sondern der Kampf eines ganzen Volkes, das entschlossen hinter seiner Führung, der Palästinensischen Befreiungsorganisation steht. Das ist auch der Grund, warum die israelischen Zionisten ihre Aggressionsakte gegen das palästinensische Volk verüben, dessen Kampf sie fürchten. Ihr Ziel ist es, das palästinensische Volk auszurotten, um damit den Anspruch des palästinensischen Volkes, seine Heimat wiederzuerlangen, und seinen gerechten Kampf zu liquidieren.

Die Zionisten haben die Existenz des palästinensischen Volkes immer geleugnet. Als nach der gewaltsamen Gründung der zionistischen Herrschaft in Palästina die israelischen Zionisten Juden aus aller Welt zur Einwanderung nach Palästina bewegen wollten, war ihr Motto bereits: „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land." Dies ist die Logik der Zionisten bis heute geblieben: „Es gibt kein palästinensisches Volk", wie Golda Meir sagte — und das hieß nichts anderes als: man muß dafür sorgen, daß es keines mehr gibt.

Seit der Errichtung der zionistischen Gewaltherrschaft haben die israelischen Zionisten das palästinensische Volk verfolgt. Ihm wurde das von ihm seit Jahrhunderten kultivierte und fruchtbar gemachte Land geraubt, sein Besitz wurde gestohlen. Tausende Palästinenser wurden in Massakern ermordet. Über eine Million wurde mit blutiger Gewalt vertrieben. Die im Israel verbliebenen Palästinenser sind rechtlos. Sie sind per Gesetz zu Menschen zweiter Klasse erklärt worden. Nicht anders als die Hitlerfaschisten gegen Juden vorgingen, gehen heute die israelischen Zionisten gegen Araber und insbesondere gegen das palästinensische Volk vor. Sie, die Zionisten, sind nicht minder Rassisten als es die Hitlerfaschisten waren.

Der Nationale Volkskongreß ruft die Volksdemokratische Republik Laos aus!

In Laos ist Anfang Dezember erfolgreich der Nationale Volkskongreß abgehalten worden. Er rief die „Volksdemokratische Republik Laos" aus. Die sechshundert Jahre alte Monarchie wurde abgeschafft. Neuer Präsident der Volksdemokratischen Republik Laos wurde Prinz Souphanouvong, der Vorsitzende des ZK der Laotischen Patriotischen Front (LPF). Die bisherige Provisorische Regierung der Nationalen Union wurde aufgelöst und an ihre Stelle trat die neue Regierung der Volksmacht mit Ministerpräsident Kaysone Phomvihan, stellvertretender Vorsitzender des ZK der LPF an der Spitze.

Der Nationale Volkskongreß fand in einer ausgezeichneten Atmosphäre der Entwicklung der Revolution statt und seine Beschlüsse sind überall mit Begeisterung aufgenommen worden. Wir werden in einer der nächsten Nummern des ROTEN MORGEN ausführlicher über die Lage in Laos berichten.

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

DUISBURG

Am 24. 11. fand in Duisburg die Berufungsverhandlung gegen Genossin Maicke Tuschen im Prozeß um das Flugblatt „Das ist Mord!" statt (Flugblatt zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen). In der ersten Instanz war Maicke zu einer Geldstrafe von 600 DM verurteilt worden.

In der 2. Instanz wurde sie freigesprochen. Obwohl Maicke keinen Antrag gestellt hatte, sie auf Grund des „Parteienprivilegs" freizusprechen, erklärte das Gericht die Anklage aus diesem Grund für hinfällig. Über seine persönlichen Absichten dabei ließ der Richter keinen Zweifel. Er sagte, Maicke habe betont, daß die KPD/ML nicht auf dem Boden der Verfassung stünde und eine solche Partei müsse vom dafür zuständigen Gericht verboten werden.

DUISBURG

Als presserechtlich Verantwortliche erhielt Genossin Maicke Tuschen jetzt zwei Strafbefehle über 800 bzw. 1 200 DM. Die Strafbefehle beziehen sich auf den Vorstellungsbrief des Genossen Ernst Aust anläßlich der Landtagswahl in NRW und auf eine Ausgabe des „Röhrenkieker", Betriebszeitung der KPD/ML bei Mannesmann in Duisburg.

DUISBURG

Am 7. 11. fand in Duisburg ein Prozeß gegen Genossen Peter Eisele statt. Genosse Peter war am Tag der Beerdigung des Genossen Günter auf dem Weg zum Friedhof von mehreren Polizisten überfallen und festgenommen worden. Er hatte deswegen einen Strafbefehl über 1 470 DM wegen „Beleidigung" und „Widerstand" erhalten. Obwohl im Prozeß Zeugen auftraten, deren Aussagen bestätigten, daß diese Anklage nicht den Tatsachen entsprach, wurde der Genosse zu 840 DM Geldstrafe verurteilt.

GELSENKIRCHEN

In Gelsenkirchen fand am 20. 11. ein Prozeß gegen einen Genossen statt, der vier Polizisten mit seinem Schuh, den der Staatsanwalt als „gefährliche Waffe" bezeichnete, „körperlich mißhandelt" haben soll. In Wirklichkeit war er von mehreren Polizisten zusammengeschlagen worden, während er Flugblätter der Roten Garde verteilte.

Der Gerichtssaal war während des Prozesses teilweise bis auf den letzten der 40 Plätze besetzt. Schüler einer in der Nähe gelegenen Berufsschule und eines Gymnasiums kamen während der Pausen und ihrer Freistunden ins Gericht und hörten zu.

Obwohl sich die Polizeizeugen widersprachen und sogar zugaben, daß sie den Genossen geschlagen hatten, wurde er zu 225 DM Geldstrafe verurteilt. Laut Urteilsbegründung waren die Aussagen des Betriebsleiters und des Betriebsrats der Firma Matheisen, vor der der Genosse die Flugblätter verteilt hatte, für seine Verurteilung ausschlaggebend.

MÜNCHEN

Genosse Thomas, der vor kurzem im Zusammenhang mit einer Soldatenzeitung wegen „Wehrkraftzersetzung" angeklagt war, erhielt jetzt einen Strafbefehl über 4.900 DM wegen „Widerstand", weil er im Prozeß schriftliche Unterlagen, die der Staatsanwalt ihm wegnehmen wollte, zerrissen und in die Zuschauer geworfen hatte. Der Staatsanwalt bemühte sich anschließend, die Schnipsel vom Boden aufzusammeln, wobei Genosse Thomas ihm beinahe (!) mit dem Fuß auf die Hand getreten haben soll.

DUISBURG

In Duisburg fand am 27. 11. und 4. 12. die Berufungsverhandlung im Prozeß gegen Genossen Günter Wagner statt. In der ersten Verhandlung war Günter zu 6.000 DM Geldstrafe verurteilt worden, weil er zweimal das Flugblatt „Das ist brutaler, heimtückischer, barbarischer Mord!" und ein Flugblatt des Landesverbandes NRW zum Polizeiterror nach der Beerdigung von Günter Routhier verteilt haben soll. Außerdem wurde ihm „Widerstand" im Zusammenhang mit seiner Festnahme beim Trauerzug vorgeworfen. In der Berufung stellte das Gericht das Verfahren im Zusammenhang mit dem Trauerzug ein. Weiterhin wurde das zweimalige Verteilen des zentralen Flugblatts als eine Handlung gewertet. Trotzdem wurde die Geldstrafe in Höhe von 6.000 DM aufrechterhalten, der Richter bekräftigte sogar noch, daß er über das Urteil der ersten Instanz nicht hinausgehen und keine Gefängnisstrafe verhängen könne. In der Urteilsbegründung hetzte der Richter dann gegen die Publikationen der Partei, die er mit dem „Stürmer" verglich und erklärte, die Partei würde ihr Ziel darin sehen, die Bundesrepublik böswillig verächtlich zu machen, ihre Mitglieder also zu strafbaren Handlungen anstiften.

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto.-Nr.: 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

Wir bitten insbesondere für Hanfried Brenner (zu 12.000 DM Geldstrafe verurteilt) und zur Unterstützung der jetzt in Duisburg angeklagten Genossen zu spenden.

PROZESSTERMINE

Am 12. 12., 9 Uhr, findet vor dem Jugendgericht in der Gadderbaumer Str. 4, Stock, ein Prozeß gegen Genossin Monika statt. Sie ist angeklagt, das Extrablatt des ROTEN MORGEN „Ihr Terror macht vor seinem Grab nicht halt!" verteilt zu haben. Vorausgegangen ist ein Strafbefehl über 228 DM.

Am 15. 12. 11. Uhr, findet vor dem Amtsgericht Bielefeld, Zi. 33, ein Prozeß gegen Genossen Norbert statt. Er soll den ROTEN MORGEN Nr. 26/74 verkauft haben. Vorausgegangen ist ein Strafbefehl über 215 DM und Einziehung der Auflage des ROTEN MORGEN.

AM 16. 12., 10 Uhr und 12 Uhr, finden vor dem Amtsgericht Bielefeld, Zi. 263, Berufungsprozesse gegen 5 Genossen im Zusammenhang mit der Besetzung eines Jugendzentrums in Bielefeld statt.

Am 17. 12., 12.45 Uhr, findet vor dem Oberlandesgericht in Hamm, Heßlerstr. 53, Zi. 147, die Berufungsverhandlung im Prozeß der Genossin Christel gegen die Rheinstahl-Werke statt, die der Genossin, die presserechtlich Verantwortliche in Bielefeld ist, bei Androhung von Geld- und Gefängnisstrafe verboten hatten, weiterhin zu behaupten, daß bei Rheinstahl ausländische Arbeiter ausgebeutet werden u. a.

Am 17. 12., 12 Uhr, findet vor dem Jugendgericht Bielefeld ein Prozeß gegen einen Genossen statt, der ein Flugblatt des Rote-Fahne-Freundeskreises zu einem Polizeiüberfall in Bielefeld verteilt haben soll. Vorausgegangen ist ein Strafbefehl über 328 DM wegen „Beleidigung". In einem vor kurzem ergangenen Gerichtsbeschluß ist die Rede davon, daß der Genosse außerdem wegen § 129 und § 90 a angeklagt sei.

Nieder mit der indonesischen Aggression gegen Osttimor!

Fortsetzung von Seite 1

hern ausgestreut werden, um eine brutale Aggression, so gut es geht, zu vertuschen.

Die Bevölkerung Osttimors will nach jahrhundertelanger Kolonialherrschaft Portugals den einen Herrn nicht durch einen neuen vertauschen. Sie will die Freiheit und Unabhängigkeit, die Anerkennung der staatlichen Souveränität Osttimors. Für diese Ziele kämpft auch die Befreiungsbewegung FRETILIN, und sie hat, mit der Unterstützung der Bevölkerung, nach gescheiterten Verhandlungen, deshalb Ende November die Unabhängigkeit Osttimors ausgerufen.

Hinter den indonesischen Faschisten, die schon seit längerem blindwütig Städte und Dörfer Osttimors bombardieren und mit Kriegsschiffen beschießen lassen, verbergen sich aber die eigentlichen Drahtzieher des blutigen Überfalls: die amerikanischen Imperialisten. **Es ist kein Zufall, daß der amerikanische Präsident Ford zum Zeitpunkt der Aggression gerade zu einem „Freundschaftsbesuch" in Indonesien eingetroffen war. Und am Vorabend der Aggression erklärte Kissinger unverhohlen, daß die USA-Imperialisten nicht daran dächten, die staatliche Souveränität Osttimors anzuerkennen, sondern den Standpunkt Indonesiens unterstützten. Hinter dem Überfall der indonesischen Faschisten auf Osttimor stehen die amerikanischen Imperialisten**

Das faschistische Suharto-Regime, an dessen Händen bereits das Blut von Hunderttausenden ermordeter indonesischer Patrioten klebt, hat seinen ungezählten Verbrechen nun auch den Überfall auf ein kleines Land hinzugefügt, um dessen Freiheit und Unabhängigkeit im Blut zu ersticken.

NIEDER MIT DER INDONESISCHEN AGGRESSION GEGEN OSTTIMOR!

ES LEBE DER BEFREIUNGSKAMPF DES VOLKES VON OSTTIMOR!

Jörg Lang nimmt Stellung zu Verleumdungen im ‚Spiegel'

Im Spiegel Nr. 38 vom 22. 9. 75 erschien ein Artikel („Von linken Miezen . . ."), der unter anderem vorgab, „Enthüllungen" über den in der Illegalität lebenden Rechtsanwalt Jörg Lang zu bringen. Unter anderem wurde Jörg Lang eine Äußerung unterschoben „Nukleares in den Bodensee, das sind die Terroranschläge der Zukunft."

Jörg Lang richtete daraufhin eine Presseerklärung an den „Spiegel", die „Stuttgarter Zeitung" und die „Südwestpresse", in der er dieses angebliche Zitat als Lüge entlarvte. In dieser Erklärung heißt es unter anderem: „An den darin (dem betreffenden Spiegel-Artikel — RM) enthaltenen Behauptungen über mich ist kein Wort wahr. Mir als einem früheren Verteidiger von Gefangenen der RAF und linkem Anwalt in der BRD eine Äußerung zu unterschieben wie „Nukleares in den Bodensee, das sind die Terroranschläge der Zukunft", ist allerdings ebenso heimtückisch wie plump, ist faschistisch erlogen."

Jörg Lang erinnert in dieser Erklärung, die von der Presse nahezu vollständig unterdrückt wurde, gleichzeitig daran, daß dies nicht das erste Mal ist, daß faschistische Terrorakte Gegnern des imperialistischen Staates in die Schuhe geschoben werden sollen — so die Bombendrohungen in Stuttgart anläßlich der Fußballweltmeisterschaft sowie die Bombenanschläge auf Bahnhöfen in Bremen und Hamburg.

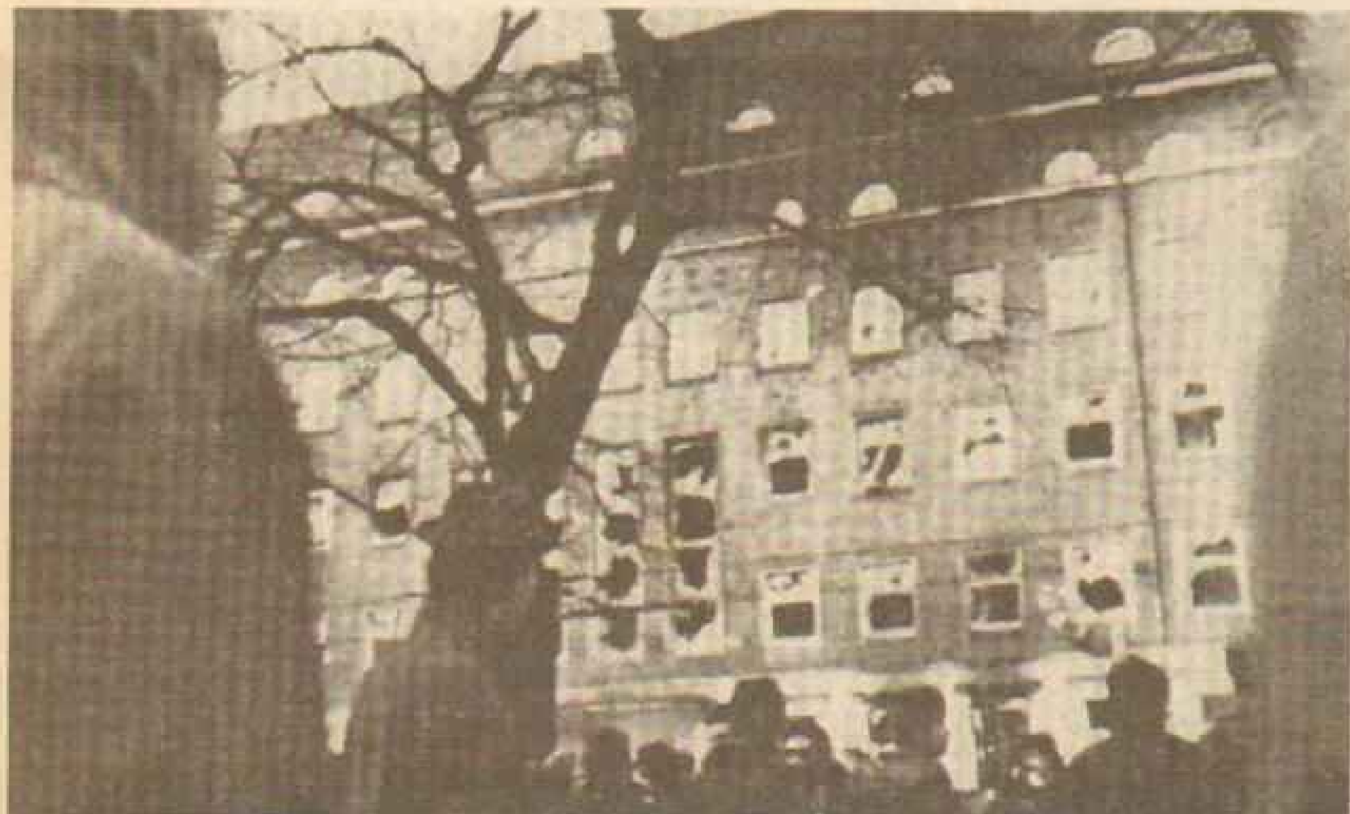
5 Jahre Dezemberaufstand in Polen

Nieder mit der bürgerlichen Diktatur in Polen!

Fortsetzung von Seite 1

wirtschaft wurde beseitigt, die Ausbeutung der Kleinbauern wieder eingeführt, während zugleich wieder eine Schicht von Großbauern und Großgrundbesitzern entstand. Und wie jedes kapitalistische Land, so wurde auch Polen von einer schweren Krise nach der anderen erfaßt. Krise in der Landwirtschaft, Krise in allen Zweigen der Industrie, Arbeitslose, die zum Teil gezwungen sind in anderen Ländern zu arbeiten, Chaos und Unordnung auf dem Gebiet der Produktion und vor allem bei der Versorgung der Bevölkerung, ständige Preissteigerungen, erdrückende Normensteigerungen bei der Arbeitshetze. So nahm die Polarisierung der polnischen Gesellschaft zu und verschärfte sich immer mehr: auf der einen Seite wuchs der Teil der Werktätigen, die kaum das Notwendigste zum Leben besitzen auf der anderen bildete sich eine kleine, privilegierte Schicht von Reichen heraus: Sie, die mehreren hundert Zloty-Millionäre sind es, die heute in Polen mit der Revisionistenclique an der Regierung ihre bürgerliche, sozialfaschistische Diktatur ausüben. Und das unter der Fuchtel und der Oberherrschaft des russischen Sozialimperialismus, der Polen wirtschaftlich, politisch und militärisch praktisch in einen Bestandteil seiner Metropole verwandelt hat.

50000 russische Soldaten halten Polen ständig besetzt, um die Ausplünderung und Ausbeutung des polnischen Volkes für die Neuen Zaren zu garantieren. Die Gomulka-Clique damals und die Gierek-Clique heute ist ihr direkter Vasall, der in jeder Hinsicht den Willen der Neuen Zaren umsetzt. Die polnische Armee ist im Rahmen des Warschauer Paktes nur ein verlängerter Arm für die Hegemonieinteressen Moskaus, wie die Beteiligung am Überfall auf die CSSR es beweist, oder es auch die Stationierung polnischer Truppen im Nahen Osten als angebliche Friedenstruppe im Interesse der Neuen Zaren zeigt. Dieses schwere sowjetische Joch hat noch mehr die Widersprüche in der polnischen Gesellschaft verschärft, hat den Haß der polnischen Arbeiterklasse gegen die Neuen Zaren im Kreml wie gegen ihre statthalter in Warschau stetig gesteigert.



Das Bild zeigt, wie die Arbeiter in Szczecin gegen das Gebäude der rivisionistischen Partei vorgingen.

Für die erneute proletarische Revolution!

Diese Statthalter der Interessen Moskaus, diese neue Bourgeoisie hinwegzufegen, dafür kämpfte 1970 die polnische Arbeiterklasse. Die historische Bedeutung dieses Kampfes bestand darin, daß für den Sturz der bürgerlichen Diktatur, für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats gekämpft wurde. Anders als in der Tschechoslowakei, wo Konterrevolutionäre wie Dubcek die Arbeiterklasse für einen ,,unabhängigen Weg" einzuspannen suchte, der in Wirklichkeit die Arbeiterklasse nur anderen ausländischen Unterdrückern in die Hände gespielt hätte. Daß anders als bei den sogenannten ,,Reformern" nicht diese oder jene ,,Korrektur" gefordert wurde, die in Wirklichkeit das System nicht ,,korrigiert", sondern lediglich stabilisiert. Daß nicht Konterrevolutionäre die Bewegung führten, die unter Parolen wie ,,Demokratisierung" und ,,Liberalisierung" nur für einen offeneren Kapitalismus eintreten. Sondern daß hier die Arbeiterklasse das Wort führte und auf dem für sie einzig möglichen Ausweg voranschritt: dem Weg der erneuten proletarischen Revolution.

Das war es, was die polnische Bourgeoisie fürchtete. Und sie reagierte entsprechend wie jede reaktionäre Klasse, die sich in ihrer Herrschaft bedroht sieht: Sie ging mit konterrevolutionärer Gewalt, mit Gewehrkugeln und Panzergranaten gegen die kämpfenden Arbeiter vor, um ihren Kampf im Blut zu ersticken. Hier zeigte sich offen für die Arbeiter in Polen wie für die ganze Welt, daß zwischen der herrschenden Gomulka-Clique und den Arbeitern auf der Straße eine unüberbrückbare Kluft verlief, eine Kluft zwischen zwei Klassen, die sich gegenüberstehen. In einer Erklärung der illegalen Kommunistischen Partei Polens vom 16. Dezember 1970 heißt es dazu: *,,Die Kugeln und Panzer in Gdansk rissen einen Abgrund auf zwischen der Gomulka-Clique und des heldenhaften, revolutionären Arbeiterklasse Polens. Dieser Abgrund wird zum Grab der bürgerlichen Diktatur Gomulkas werden. Die revolutionäre Manifestation der Werftarbeiter ist ein zeichensetzendes Ereignis. Dies ist nur der Anfang des schwierigen Weges, die erste Etappe des Kampfes um die Volksmacht unter Führung der Arbeiterklasse. Diese Manifestation ist schon heute von großer historischer Bedeutung, nicht nur für die polnische Arbeiterbewegung. Sie ist die erste revolutionäre Manifestation des Proletariats gegen die bürgerliche Diktatur in den Ländern, wo die modernen Revisionisten, diese ideologischen Agenten des Weltkapitalismus, am Ruder sind.*" Das ist auch der Grund, warum dem Kampf der polnischen Arbeiterklasse die wärmsten Sympathien auf der ganzen Welt gelten.



Die polnische Bourgeoisie sah ihre Diktatur gefährdet. Mit Panzern und Gewehrkugeln gelang es ihr noch einmal die revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse im Blut zu ersticken.

Falsche Töne von ,,Unterstützung"

Doch es gibt im Rahmen der Unterstützung der polnischen Arbeiterklasse auch falsche Töne. Die westdeutschen Imperialisten zum Beispiel spielen sich stets so auf, als seien sie ein Anwalt der Werktätigen in den revisionistischen Ländern. So war es, als die polnische Arbeiterklasse sich im Dezember erhob oder auch als die tschechoslowakische Bevölkerung sich gegen den Überfall des russischen Sozialimperialismus zur Wehr setzte. Doch war das im Dienst der Werktätigen dieser Länder? Nein, denn die westdeutschen Imperialisten nutzten die Lage aus, um das Vorgehen der Gomulka-Clique gegen das tschechoslowakische Volk als ,,Beweis für die Unmenschlichkeit des Kommunismus" hinzustellen. Sie machten es sich zunutze, daß die Revisionisten ihre faschistischen Regimes als Sozialismus auszugeben versuchen, um den Kommunismus, um die proletarische Revolution zu verteufeln, den einzigen Ausweg, den es für das Proletariat in unserem Lande wie auch für das polnische Proletariat und das tschechoslowakische Proletariat gibt, um sich von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien.

Wie war es denn, als Polen, als die Tschechoslowakei noch sozialistische Länder waren, als dort noch die Arbeiterklasse das Heft fest in der Hand hielt? Da waren es die westdeutschen Imperialisten, die wie wild gegen die Herrschaft der Arbeiterklasse hetzten, konterrevolutionäre Propaganda und Sabotage betrieben. Sie sollen plötzlich zum Anwalt der Werktätigen dieser Länder geworden sein? Wenn sie heute, wo in den revisionistischen Ländern bürgerliche Diktaturen bestehen, diese als sozialistisch bezeichnen, so helfen sie damit diesen Sozialfaschisten ihre Maske des Sozialismus zu bewahren. Auf der anderen Seite aber ist es unverkennbar, daß die westdeutschen Imperialisten insbesondere mit der neuen polnischen Bourgeoisie liebäugeln und unter dem Deckmantel der ,,Aussöhnung zwischen den Völkern" mit ihnen zusammenarbeiten, mit Milliardenkrediten ihre Herrschaft stützen und zugleich damit auch an der Ausplünderung des polnischen Volkes beteiligt sind.

Welch großen Gefallen die westdeutschen Imperialisten zum Beispiel an der Verkommenheit der revisionistischen Kultur in Polen finden, an der Dekadenz der revisionistischen Bourgeoisie Polens und ihrer reaktionären Intelligenz, bekommen wir gerade im Fernsehen zu spüren, wo immer häufiger polnische Spielfilme gezeigt werden, die genausowenig verständlich und genauso volksfeindlich wie die ,,abstrakte Malereikunst" aus Polen ist, die in Wanderausstellungen bei uns propagiert werden. Hier wird nichts anderes getan, als diese blutigen Unterdrücker, die die Kultur der polnischen Arbeiterklasse systematisch zerstören, zu propagieren.

Dem gilt es entgegenzutreten, im Namen des Kampfes der heldenhaften revolutionären Arbeiterklasse Polens, die diese Dekadenz verachtet und haßt, wie sie die ganze bürgerliche Diktatur der Revisionistenclique haßt. Und wenn sich die russischen Sozialimperialisten als Hüter und Väter des polnischen Volkes aufspielen, so ist es ebenfalls unsere Pflicht, ihnen die Maske vom Gesicht zu reißen und zu zeigen, daß sie in Wahrheit Väter und Hüter einer verkommenen kapitalistischen Ordnung Polens sind, daß sie Ausbeuter und Plünderer sind, die Polen in einen Bestandteil ihrer Metropole und das polnische Volk zu ihren Sklaven machen wollen. Das ist die Aufgabe jedes wahrhaften Revolutionärs, wie es Genossen Enver Hoxha 1968 bereits festgestellt hat: *,,In dieser bedeutenden Zeit für das Schicksal der Revolution können alle Marxisten-Leninisten und das Weltproletariat nicht über das schweigen, was sich in den revisionistischen Ländern abspielt, und untätig zusehen. Der proletarische Internationalismus verlangt von allen Revolutionären, daß sie die Stimme erheben und konsequent einen prinzipienfesten Kampf für die Zerschlagung der herrschenden revisionistischen Cliquen führen und der Arbeiterklasse und den Völkern, die heute von den Revisionisten beherrscht werden, jede erdenkliche Hilfe geben, damit diese verräterischen Cliquen gestürzt werden und die Fahne der Revolution und des Sozialismus wieder gehißt wird.*"

Die KP Polens führt zum Sieg

1970 hat das polnische Proletariat den Sieg nicht davongetragen. Die Gomulka-Clique wurde zwar hinweggefegt, doch die Revisionisten nahmen lediglich einen Austausch der Führung vor, um die breiten Massen zu täuschen. Die nachfolgende Gierek-Clique hat sogar Ausbeutung und Unterdrückung noch weit mehr verschärft. Aber die polnische Arbeiterklasse hat ihren Kampf auch nicht eingestellt, wovon machtvolle Streiks während der letzten Jahre zeugen. **Die Kämpfe im Dezember 1970 waren der Beginn einer neuen Etappe im Kampf der Arbeiterklasse gegen die sozialfaschistische Diktatur. Der Weg, der da beschritten wurde, ist der Weg, der dem Proletariat den Sieg verheißt, wenn er konsequent weitergegangen wird. Daß dies geschieht, dafür ist die vor fast zehn Jahren gegründete Kommunistische Partei Polens der beste Garant, die unter den Bedingungen der Illegalität, der ständigen schweren Verfolgung durch die revisionistische Gierek-Clique der polnischen Arbeiterklasse den Weg weist, sie aufruft, wie in den Zeiten Lenins und Stalins den Kampf wieder aufzunehmen, und die Arbeiterklasse in ihrem Kampf zusammenschließt, gegen die neue Bourgeoisie, gegen die russischen Sozialimperialisten.**

Grußadresse zum 31. Jahrestag der Befreiung und des Sieges der Volksrevolution in Albanien

Genosse Enver Hoxha, 1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens
Genosse Haxhi Lleshi, Präsident des Präsidiums der Volksversammlung
Genosse Mehmet Shehu, Vorsitzender des Ministerrates
der VR Albanien

Zum 31. Jahrestag der Befreiung und des Sieges der Volksrevolution entbietet das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten der Partei der Arbeit Albaniens, der Regierung der Volksrepublik Albanien und dem gesamten albanischen Volk die herzlichsten, brüderlichen Kampfesgrüße.

Die gewaltigen Erfolge, die das heroische albanische Volk unter Führung seiner marxistisch-leninistischen Partei der Arbeit mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze beim Aufbau des Sozialismus sowie bei der Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften und der Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes erzielt hat, erfüllen an diesem Festtag das gesamte internationale Proletariat und die Völker der Welt mit Stolz und Siegeszuversicht. Unter der weisen Führung der Partei, in hartem Kampf und aufopferungsvoller Arbeit des albanischen Volkes wuchs auf den Trümmern der Fremdherrschaft und der Rückständigkeit der alten Gesellschaft das heutige strahlende Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa, der lebendige Beweis für die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber Kapitalismus und Revisionismus.

Der Grund für die historischen Siege des albanischen Volkes liegt in seiner Führung durch die wahrhaft revolutionäre marxistisch-leninistische Partei, die Partei der Arbeit Albaniens. Selbst unter den schwersten Bedingungen hat sie die siegreichen Ideen des Marxismus-Leninismus gegen den modernen Revisionismus und alle anti-marxistischen Strömungen verteidigt und ist seinen revolutionären Prinzipien treu geblieben.

Mit ihrem mutigen, unbeugsamen Auftreten ist die albanische Volksrepublik zum Sprecher der Völker der Welt geworden, die im Kampf gegen den Imperialismus, besonders die beiden Supermächte, den USA-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, stehen. Sie steht an vorderster Front im Kampf der Völker für Freiheit und Unabhängigkeit. Sie hat den beiden Supermächten, die heute in ihrer zügellosen Gier um die Weltherrschaft den Brand eines neuen Weltkrieges schüren, die Maske der Demagogie von ,,Frieden, Entspannung und Abrüstung" heruntergerissen und ist der Bannerträger der Völker Europas bei ihrem Kampf um Freiheit, Frieden und Sicherheit in Europa. Als einziges Land hat die Volksrepublik Albanien den von den Supermächten inszenierten Schwindel der ,,KSZE" konsequent entlarvt. Die Stimme der VR Albanien findet bei den Völkern immer breiteres Gehör, während der gerechte Haß gegen die Pläne der Supermächte zur Versklavung der Welt täglich wächst und ihren demagogischen Manövern niemand mehr glaubt. Ihre proletarisch-internationalistische Haltung verschafft der VR Albanien ständig neue Freunde.

Die Partei der Arbeit und die VR Albanien leisten dem deutschen Volk im Kampf für die sozialistische Revolution und die Erringung der nationalen Einheit und Unabhängigkeit eine unschätzbare, wahrhaft internationalistische Hilfe. Für diese großartige Unterstützung, besonders die deutschsprachigen Programme Radio Tiranas und die Vielzahl deutschsprachiger Zeitschriften und Bücher, die unserer Revolution den Weg erhellen, sagen wir an diesem Festtag dem albanischen Volk und seiner Partei Dank.

Das albanische Volk, daß von seiner Partei und Genossen Enver geleitet, siegreich auf dem Wege des vollständigen Aufbaus des Sozialismus und der weiteren Festigung der Diktatur des Proletariats vorwärtsmarschiert, ist mehr denn je das leuchtende Vorbild für unsere Partei und das werktätige deutsche Volk bei seinem Kampf um ein vereintes, unabhängiges sozialistisches Deutschland!

Es lebe die ruhmreiche Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze!

Es lebe die Volksrepublik Albanien, das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa!
Es lebe das heroische albanische Volk!
Ruhm dem Marxismus-Leninismus!
Es lebe der proletarische Internationalismus!
Es lebe die deutsch-albanische Freundschaft!

Mit kommunistischen Grüßen
Zentralkomitee der KPD/ML

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Gemeinsame Erklärung der AKP/ML und der KPD/ML

Im Herbst 1975 fand ein Gespräch zwischen Delegationen des Zentralkomitees der AKP/ML und der KPD/ML statt. Das Gespräch verlief in einer Atmosphäre der herzlichen, bruderlichen Verbundenheit, die sich auf die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und auf den proletarischen Internationalismus gründet. Beide Parteien, die seit längerem Kontakt miteinander haben, stimmen in allen grundlegenden Fragen überein. Sie unterstützen einander und freuen sich über die bedeutsamen Fortschritte, die sie während der letzten Jahre erzielt haben.

Die AKP/ML unterstützt den Kampf der KPD/ML gegen die kapitalistische Unterdrückung und Faschisierung, gegen die beiden Supermächte und für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Die AKP/ML unterstützt den prinzipienfesten Kampf der KPD/ML für die Einheit aller deutschen Marxisten-Leninisten. Die KPD/ML unterstützt den Kampf der AKP/ML gegen die beiden Supermächte und für die sozialistische Revolution in Norwegen.

Bei der Erörterung der gegenwärtigen internationalen Entwicklung betonen beide Parteien, daß die Haupttendenz in der Welt gegenwärtig die Revolution und der siegreiche Vormarsch des Sozialismus ist, daß aber auch die Gefahr für den Ausbruch eines neuen imperialistischen Weltkrieges durch die verschärfte Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft wächst. Die grundlegenden Widersprüche des Imperialismus haben sich weiter zugespitzt und zu einer deutlichen Verschärfung der allgemeinen Krise des Imperialismus geführt.

Die Hauptkraft der Revolution sind heute im internationalen Maßstab die unterdrückten Völker der dritten Welt. Die erste Welt, der US-Imperialismus und der russische Sozialimperialismus, ist dagegen die größte konterrevolutionäre Kraft. Beide Parteien sehen es als ihre Aufgabe an, die internationale Einheitsfront gegen die beiden Supermächte zu stärken, für das Bündnis der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes ihrer Länder mit den Völkern der dritten Welt einzutreten, die Zusammenarbeit oder Kapitulation der bürgerlichen Regierungen ihrer Länder mit bzw. vor einer der beiden Supermächten zu bekämpfen.

Die verschärfte Rivalität der beiden Supermächte bedeutet für die Völker der Welt, daß die Gefahr des Ausbruchs eines neuen imperialistischen Krieges ständig wächst. Die KPD/ML und die AKP/ML stellen fest, sollte es zu einem Weltkrieg zwischen den beiden Supermächten kommen, können sich die Völker nicht auf die eine Supermacht gegen die andere stützen bzw. verlassen. Sie dürfen sich keine Illusion machen, daß die Monopolbourgeoisie ihrer Länder die Interessen der Nation verteidigen werden. Sollte ein drittes Weltkrieg ausbrechen, müssen die Völker den gerechten revolutionären und nationalen Volkskrieg dem ungerechten imperialistischen Krieg entgegensetzen. Nur ein solcher Krieg, in dem die werktätigen Massen auf die eigenen Kräfte vertrauen und unter der Führung des Proletariats und seiner Partei kämpfen, kann das Vaterland gegen den Feind verteidigen. Die KPD/ML und die AKP/ML stellen fest, daß im Fall des Kriegsausbruchs das Proletariat und die werktätigen Massen mit dem Ziel kämpfen müssen, den Kapitalismus zu stürzen und die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus zu errichten.

Heute ist es eine vordringliche Aufgabe,die Wachsamkeit der Völker zu erhöhen und sich auf den Kriegsfall vorzubereiten. Gleichzeitig muß mit unverminderter Kraft der Kampf für den Sieg der sozialistischen Revolution weitergeführt werden. Die Zukunft der Völker ist glänzend: entweder wird die Revolution den Krieg verhindern, oder der Krieg wird die Revolution hervorrufen.

Im Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte treten beide Parteien für die Einheit der Völker Europas ein. Es ist auch positiv, wenn die kapitalistischen und imperialistischen Staaten Europas sich gegen den Hegemonismus der Supermächte einzeln oder gemeinsam zur Wehr setzen. Beide Parteien bekräftigen ihre Entschlossenheit, alle Maßnahmen der Monopolbourgeoisien zu bekämpfen, die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Bevölkerung bedeuten. Dabei wenden sie sich auch gegen die Ausbeutung und Unterdrückung kleinerer durch größere Länder der zweiten Welt. Allerdings wäre es falsch, diese Widersprüche innerhalb der zweiten Welt gleichrangig mit dem Widerspruch zu den imperialistischen Supermächten zu behandeln.

Bei der Erörterung der nationalen Besonderheiten in beiden Ländern versicherten beide Parteien, sich in brüderlicher Verbundenheit bei der Lösung der großen Kampfaufgaben zu unterstützen.

Beide Supermächte wollen Norwegen kontrollieren. Der US-Imperialismus kontrolliert wichtige Teile der norwegischen Wirtschaft und hat große Interessen in der norwegischen Ölindustrie. Der Sozialimperialismus betreibt Raubfischerei im norwegischen Seegebiet, will die Ressourcen des norwegischen Seegebietes kontrollieren und in die norwegische Wirtschaft eindringen. Der US-Imperialismus hat wichtige militärische Stützpunkte in Norwegen. USA und NATO führen Manöver durch, die teilweise Kriegsvorbereitung und teilweise Übung für einen Militärputsch sind, um einen Volksaufstand zu unterdrücken. Die Sozialimperialisten haben die größte Marinebasis der Welt bei Murmansk und eine andere sehr wichtige Militärbasis bei Leningrad errichtet. Truppen dieser Basen üben den Angriff auf Norwegen und die nordischen Länder. Die Sozialimperialisten versuchen, die Kontrolle über die norwegische Inselgruppe Spitzbergen zu bekommen. Das alles zeigt, daß beide Supermächte die Unabhängigkeit Norwegen bedrohen.

Auch in Deutschland ist die Frage der sozialistischen Revolution eng mit der Lösung der nationalen Frage verbunden. Deutschland wurde durch den US-Imperialismus gespalten. Heute ist der westdeutsche Imperialismus ein eigenständiger Imperialismus und gehört zu den mächstigsten imperialistischen Staaten der zweiten Welt. Dennoch hat der US-Imperialismus in Westdeutschland einen starken Einfluß. Er hat dort Besatzungstruppen stationiert, ein nicht geringer Teil der Wirtschaft wird von ihm kontrolliert. Der russische Sozialimperialismus hat den anderen Teil Deutschlands, die DDR, völlig versklavt und bedroht mit seiner Militärmacht Westdeutschland. So stehen sich auf deutschen Boden beide Supermächte bis an die Zähne bewaffnet gegenüber. Die Arbeiterklasse und die Werktätigen in beiden deutschen Staaten kämpfen für ein gemeinsames Ziel: Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

In beiden Ländern, Norwegen und Deutschland, ist so die nationale Frage ein äußerst wichtiger Hebel der sozialistischen Revolution. In beiden Ländern kann die sozialistische Revolution nicht siegen, wenn nicht zugleich ein entschlossener Kampf gegen beide Supermächte geführt wird.

Es herrscht völlige Übereinstimmung darüber, daß der moderne Revisionismus als Hauptfeind in der Arbeiterbewegung bekämpft werden muß. Ziel des modernen Revisionismus — wie auch der klassischen Sozialdemokratie — ist es, die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen der Konterrevolution auszuliefern. Das ist der Zweck ihrer Propaganda des „friedlichen Weges zum Sozialismus". Gleichzeitig dienen die modernen Revisionisten den Interessen der neuen Zaren im Kreml. Durch prosowjetische Propaganda und durch Entspannungsparolen im Geist von Helsinki soll die Wachsamkeit der Völker vor einer sozialimperialistischen Aggression eingeschläfert werden. Ohne schonungslosen Kampf gegen den ideologischen, politischen und organisatorischen Einfluß des modernen Revisionismus kann die sozialistische Revolution nicht siegen. Der Marxismus-Leninismus muß im prinzipienfesten Kampf gegen alle opportunistischen Strömungen verteidigt werden. Das betrachten beide Parteien als eine entscheidende Aufgabe.

Um die Einheit zwischen den Völkern zu erreichen, ist es notwendig, die Einheit zwischen den wirklichen Kommunisten zu stärken. Die Kontakte zwischen der KPD/ML und der AKP/ML sind Schritte in dieser Richtung. Unsere beiden Parteien versprechen, daß sie ihre gegenseitige Kampfgemeinschaft, die Gemeinschaft zwischen den Marxisten-Leninisten in Europa und in allen Ländern der Welt stärken werden.

Trotz konterrevolutionärer Gegenoffensive

Neue Erfolge der Omanischen Patrioten

Ein britischer Kolonialoffizier, der vor kurzem aus dem Sultanat Oman nach England zurückgekehrt ist, hat in der Presse erklärt, daß nun wohl bald „endgültig mit der Niederschlagung der Rebellion zu rechnen" sei. Diese Meldung ist eine der wenigen Nachrichten, die in der bürgerlichen Presse ab und zu über den Befreiungskampf des omanischen Volkes verbreitet werden. Die Behauptungen des englischen Offiziers sind allerdings Lügen.

In den ersten zehn Monaten dieses Jahres haben die omanischen Patrioten ihren Befreiungskampf, trotz der Gegenoffensive der reaktionären Truppen des Sultan Kabus von Oman, britischer Söldnereinheiten und iranischer Elitetruppen, mutig fortgesetzt und den Feinden große Verluste zugefügt. Das befreite Gebiet, das jetzt weite Teile der Region Dhofar umfaßt, konnt erfolgreich verteidigt werden. Und immer besser gelingt es den omanischen Patrioten auch, die Luftangriffe ihrer Feinde zurückzuschlagen. Davon zeugen die 34 Flugzeuge, die die omanischen Patrioten in den Monaten September und Oktober abgeschossen haben. Die patriotischen Streitkräfte haben Dutzende von Überfällen auf Truppenkonzentrationen der Kabusarmee und der britischen Söldner durchgeführt, Hunderte von feindlichen Soldaten starben bei diesen Angriffen. Die patriotischen Streitkräfte zerstörten darüberhinaus über 15 Stützpunkte, die die feindlichen Armee z. T. auch in den befreiten Gebieten errichtet hatten und sie griffen Dutzende von Lagern an, von denen aus die reaktionären Truppen ihre Angriffsoperationen gegen die patriotischen Streitkräfte führten.

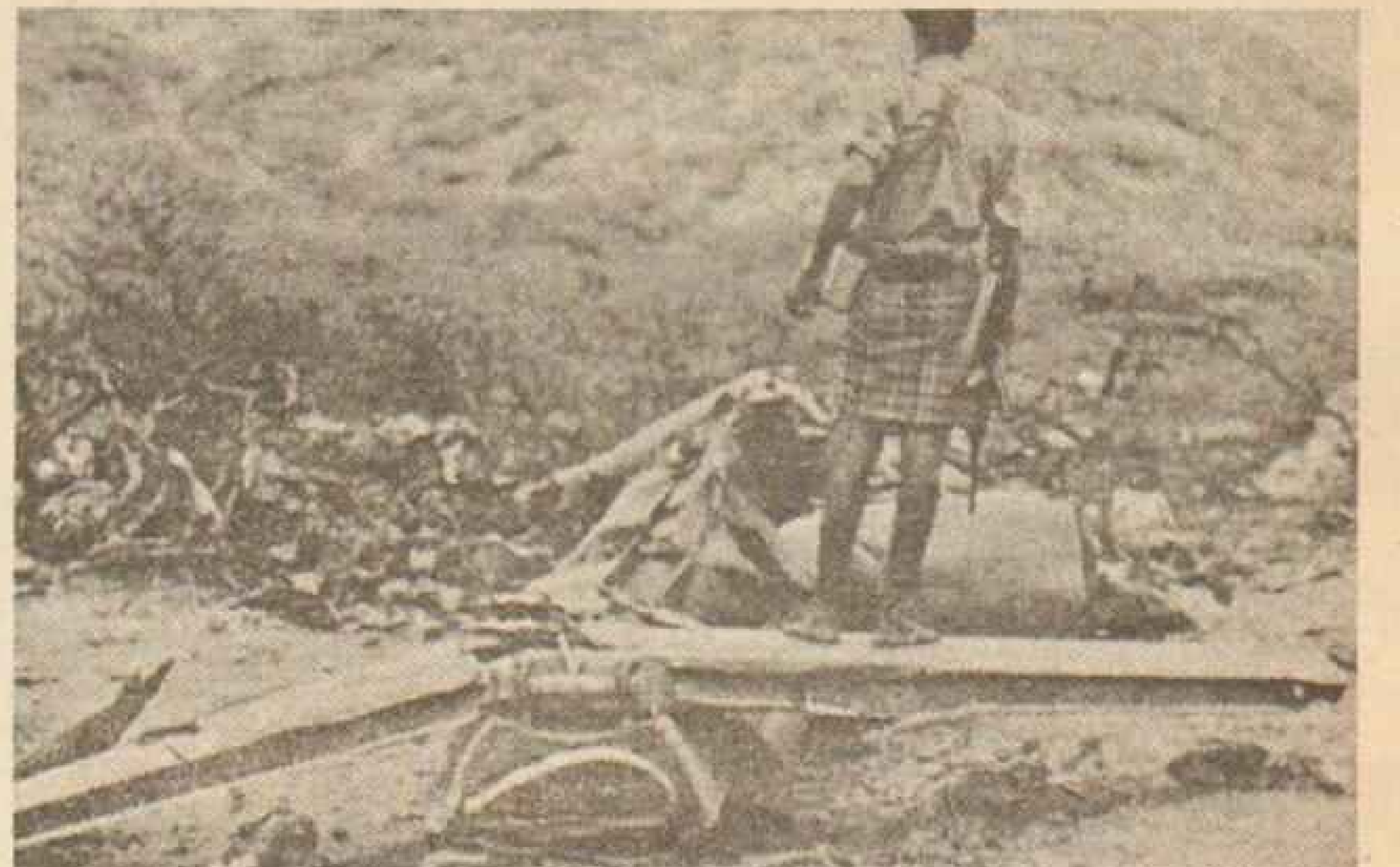
Das sind einige der Erfolgsmeldungen die die Patriotische Befreiungsfront von Oman (PFLO) vor kurzem bekanntgegeben hat.

Das Volk von Oman kämpft für seine Freiheit und Unabhängigkeit von der Unterjochung durch die ausländischen imperialistischen Mächte, vor allem die britischen und amerikanischen Imperialisten, deren willige Marionette der Sultan Kabus ist. Für die Imperialisten ist das Sultanat infolge seiner Erdölschätze, vor allem aber wegen seiner strategisch günstigen Lage am Ausgang des arabischen Golfs immer ein begehrtes Land gewesen. Denn vom arabischen Golf in den Indischen Ozean werden über 80% des gesamten Erdöltransports der Welt abgewickelt.

Der Aufschwung des Befreiungskampfes des Volkes von Oman, der das Regime des Kabus und die britischen Kolonialtruppen in große Bedrängnis gebracht hat, hat verstärkt die amerikanischen Imperialisten auf den Plan gerufen. Schon Anfang des Jahres reiste der Kabus nach Washington, um Militärhilfe zu erbetteln. Er hat den amerikanischen Imperialisten dafür den Militärstützpunkt auf der Insel Masirah versprochen. Sofort nach diesem verlockenden Angebot, das den amerikanischen Imperialisten garantieren sollte, sich in dieser Region fest einzunisten und ihren Einfluß auszuweiten, reiste der berüchtigte William Colby, damals Chef des CIA, zu einem „Arbeitsbesuch" in das Sultanat. Seit dieser Zeit werden immer mehr Einheiten der Armee des Kabus von US-Offizieren ausgebildet und leichte Waffen, Flugzeuge, Raketen, um die Befreiungsbewegung zu unterdrücken, werden in großer Zahl in das Land gebracht. Die amerikanischen Imperialisten stifteten auch den Schah von Iran an, 30 000 Soldaten nach Oman zu schicken, um den Volkskrieg zu unterdrücken.

Die amerikanischen Imperialisten sind wütende Feind des Befreiungskampfes des Volkes von Oman, das gleiche gilt aber auch für die russischen Sozialimperialisten. Es ist bekannt, daß die russische Flotte schon lange in diesem Gebiet nach Stützpunkten sucht und immer häufiger vor den Küsten Somalias, der VR Jemen und des Oman auftaucht. Die russischen Sozialimperialisten, die jahrelang den Befreiungskampf des Volkes von Oman als „abenteuerlich" beschimpft haben, geben sich nun plötzlich als seine besten Freunde aus. Sie bieten Waffen, Rubel und Berater, um die Reihen der Befreiungsbewegung einzudringen, sie zu erdrosseln und zu erstücken, und selbst die Herren zu werden, die im Nacken des omanischen Volkes sitzen. Gerade erst jetzt sind die Ereignisse in Angola ein anschauliches Beispiel für die Verbrechen, die die russischen Sozialimperialisten gegen den Befreiungskampf der Völker begehen.

Das Volk von Oman, das entschlossen den Befreiungskampf führt, wird aber letzten Endes über alle seine Feinde triumphieren und den Sieg erringen.



Über den befreiten Gebieten ist ein britischer Jagdbomber bei seinen feindlichen Operationen von den patriotischen Streitkräften abgeschossen worden.

Solidarität mit dem Volk der Westsahara und der FPOLISARIO

Auf Initiative der FRAP und der Freundschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes werden in dieser Woche in verschiedenen Städten der Bundesrepublik Solidaritätsveranstaltung mit dem Befreiungskampf des Volkes der Westsahara und seiner Patriotischen Front, der FPOLISARIO, durchgeführt. Die Veranstaltungen finden statt: **Donnerstag, 11. 12. in Düsseldorf, Freitag, 12. 12. in Dortmund, Samstag, 13. 12. in München, Sonntag, 14. 12. in Frankfurt. Auf allen Veranstaltungen wird ein Vertreter der FPOLISARIO sprechen.** (Genauere Angaben standen bei Redaktionsschluß noch nicht fest).

In einem auf Initiative der FRAP entstandenen Aufruf, der auch von der KPD/ML unterstützt wird, heißt es unter anderem, daß hinter dem Komplott der Aufteilung der Westsahara zwischen Spanien, Marokko und Mauretanien „der menschenfresserische US-Imperialismus die Drähte" zieht, „um seine Einflußzone zu erhalten und zu erweitern". Es wird betont, daß der Kampf des Volkes der Westsahara „Teil des Kampfes aller Völker" ist, „die sich heute auf der ganzen Welt erheben, um die imperialistischen Supermächte und die gesamte Weltreaktion mehr denn je einzukreisen und in die Enge zu treiben". Der Aufruf schließt mit den Parolen:

Tod dem yankee-frankistischen Kolonialismus, der heute von der monarcho-faschistischen Diktatur des Hampelmanns Juan Carlos verkörpert wird! Tod dem annexionistischen Kolonialismus des reaktionären Regimes Hassan II. von Marroko! Tod der hegemonistischen Politik des US-Imperialismus in seinem Ringen mit der anderen Supermacht, dem russischen Sozialimperialismus, den beiden Erzfeinden aller Völker der Welt! Es lebe der bewaffnete Befreiungskampf des Volkes der Sahara und seiner Volksfront, der FPOLISARIO! Es lebe der gemeinsame Kampf der FPOLISARIO und der FRAP gegen den gemeinsamen Feind, den monarcho-frankistischen Kolonialismus und den US-Imperialismus! Es lebe die Solidarität der kämpfenden Völker! Hoch die internationale Solidarität!

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00-6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,23 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
19.00-20.00	43,3m, 42,7m und 38,5m (KW)
21.00-22.00	ebenso

43,3m entspricht 6,92 MHz (KW)
42,7n entspricht 7,01 MHz (KW)
38,5m entspricht 7,78 MHz (KW)

Veranstaltung in München

Genosse Sascha begeistert empfangen

Am 6. 12. feierten rund 180 Menschen in München die erkämpfte Einbürgerung des Genossen Sascha Haschemi. Unter ihnen auch die Mutter Saschas, bei der die Polizei zwei Tage zuvor eine Hausdurchsuchung vorgenommen hatte, um Sascha zu finden.



Herzlich begrüßen sich Genosse Sascha und Genosse Peter Bayer auf der Veranstaltung.

Auf der Veranstaltung faßte eine Genossin, die im Auftrag der Zentrale sprach, noch einmal die Erfahrungen und Lehren aus diesem Kampf zusammen. Unbeschreiblicher Jubel brach aus, als nach ihrer Rede plötzlich Sascha selber im Saal stand. Bald fünf Minuten hielt der Beifall an. Genosse Sascha bedankte sich anschließend bei allen Genossen und Freunden für den Einsatz um seine Einbürgerung. Vor allem dankte er der Partei, die diesen Kampfangeleitet hat und auch ihm in den letzten eineinhalb Jahren, trotz der schwierigen Bedingungen, die Möglichkeit gegeben hat, als Rotgardist zu leben und zu kämpfen.

Mit großem Beifall wurde auf der Veranstaltung auch Genosse Peter Bayer begrüßt, der vor kurzem aus dem Gefängnis entlassen wurde.

Weiterhin wurden zahlreiche Grußadressen verlesen: von den Landesverbänden Südwest und Baden-Württemberg der Partei, von der ROTEN GARDE, von der CISNU, von der RHD, der RH e.V., von der GRF (KPD).

Einen weiteren Höhepunkt der Veranstaltung bildete ein Film über den Kampf um Saschas Einbürgerung, der den Teilnehmern der Veranstaltung noch einmal Ausschnitte aus dem Kampf vor Augen führte. Rund 700 DM wurden auf der Veranstaltung dann für den Kampf um Saschas Einbürgerung gespendet. Die Veranstaltung schloß mit dem Singen der Internationale.

Die Genossen konnten auf dieser Veranstaltung den Sieg im Kampf um Saschas Einbürgerung feiern. Aber zu Ende ist der Kampf damit noch nicht. Sascha, gegen den weiterhin Haftbefehl besteht, stellte sich inzwischen der Polizei. Kämpfen wir für die Aufhebung dieses Haftbefehls! Kämpfen wir für den Freispruch Saschas in der noch ausstehenden Berufungsverhandlung!



Die Münchner Genossen überreichten dem Genossen Sascha einen Bildband über chinesische Bauernmalerei.

Veranstaltungen zum 13. Strafrechtsänderungsgesetz

WESTBERLIN
13. 12., 18 Uhr, ,,Neue Welt'', Hasenheide.

HAMBURG
13. 12., 16 Uhr, ,,Stübens Gesellschaftsräume'', Hamburg-Wilhelmsburg, Vogelhüttendeich.

HANNOVER
11. 12., 20 Uhr, Ernst-Winter-Heim, Am Lindener Berg 39.

Gegen Entlassung eines Kommunisten

Massenhafter Protest an der Ruhr-Uni

Am 8. 11. erhielt der Wissenschaftliche Assistent an der Ruhr-Universität Bochum, Jürgen B., Sympathisant der KPD/ML, die Kündigung. Rektor Meyer-Bohm erklärte auf Weisung des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung in Düsseldorf, daß Jürgen B. mit dem Offenen Brief, den er Anfang 1975 zu seinem Ausschluß aus der ÖTV geschrieben hatte, gegen den Bundesangestellten-Tarifvertrag und gegen das ,,Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung'' verstößt.

Anlaß zu diesem Gewerkschaftsausschluß war die Mitarbeit von Jürgen in der ,,Betriebsgruppe in der ÖTV an der RUB'' gewesen, in der sich gewerkschaftsoppositionelle Kollegen auf revolutionärer Grundlage zusammengeschlossen haben. Weiterhin wurde der Gewerkschaftsausschluß damit begründet, daß Jürgen B. am 1. Mai 1974 Flugblätter der KPD/ML verteilt haben soll.

Auf diesen Angriff der ÖTV-Bonzen hatte Jürgen B. einen Offenen Brief geschrieben, der von der Betriebsgruppe veröffentlicht wurde. In diesem Brief wird der DGB-Apparat als ein Instrument der Kapitalistenklasse entlarvt und für die Notwendigkeit der gewaltsamen Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates eingetreten.

Nachdem auch die modernen Revisionisten der D,,K''P und der ,,S''DAJ in der ÖTV den Ausschluß Jürgen B.s gefordert hatten, folgte dann auch die Kündigung durch den Staatsapparat. Die Entlassung wird mit genau der Stelle aus dem Offenen Brief begründet, die die ÖTV-Bonzen dafür ,,vorgeschlagen'' hatten.

Diese politische Entlassung hat an der Universität große Empörung hervorgerufen.

Sofort nach ihrem Bekanntwerden organisierten fortschrittliche Studenten eine Unterschriftensammlung gegen die Kündigung von Jürgen B. Bis jetzt liegen 1450 Unterschriften vor. 15 Kollegen aus Jürgen B.s Dienststelle verabschiedeten bei einigen Enthaltungen einen Offenen Brief an das Ministerium für Wissenschaft und Forschung in Düsseldorf. Sie sprechen sich darin gegen die politische Entlassung aus, in der sie eine ,,fatale Tendenz zur Herstellen einer Friedhofsruhe'' sehen. Dieser Offene Brief hat inzwischen breite Unterstützung auf einer Delegiertenkonferenz von Studienberatern in Westberlin gefunden. Die Dienststellenleiterin von Jürgen B. legte außerdem formellen Einspruch gegen die Kündigung beim Rektor ein, denn Jürgen gilt als erfahrener und einsatzbereiter Mitarbeiter, den man nicht verlieren will. Die Kollegen der Universitätsdruckerei, die vor kurzem erst mit einem Streik verhindert haben, daß Kollegen von ihnen entlassen und ihre Löhne gekürzt werden, waren sogleich bereit, Jürgen zu unterstützen.

Die KPD/ML und der KSB/ML gaben ein Flugblatt heraus. Am 2. 12. fand auf Aufruf einer fortschrittlichen Studentengruppe an der Ruhr-Universität eine Protestveranstaltung statt gegen die Gesetze zur ,,inneren Sicherheit'', auf der unter anderem Rechtsanwalt Croissant sprach. Hier wurde die Kündigung von Jürgen B. als anschauliches Beispiel der politischen Unterdrückung in den Mittelpunkt gestellt. Rund 1000 Studenten waren anwesend. Es war eine der größten politischen Veranstaltungen, die seit Jahren an der Universität stattgefunden haben. Anschließend zogen etwa 300 Studenten ins Rektorat und forderten den Rektor auf, die Kündigung zurückzunehmen. Es gelang jedoch nicht, ihn mit dieser Aktion dazu zu zwingen, die Forderung zu erfüllen, abe er hat einen Vorgeschmack bekommen von der Kampfbereitschaft der Studenten.

Zunächst wurde noch verstärkt für eine Uni-Vollversammlung am 3. 12. mobilisert, zu der dann etwa 1300 Studenten — also noch mehr als am Vortag — kamen.

Die Vollversammlung war eine deutliche Absage an alle Reaktionäre und Revisionisten. Hatten die MSB-Vertreter auf der Vollversammlung der Fachschaft Naturwissenschaft noch offen erklärt, daß sie sich mit Staatsfeinden, die nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stünden wie Jürgen B. nicht solidarisieren würden, so sagten sie auf der Vollversammlung zur Kündigung von Jürgen B. kein Wort mehr, weil sie sich unter den Studentenmassen nicht noch mehr entlarven wollten. Genauso schwiegen sie zur 13. Strafrechtsänderungsreform, gegen die der KSB/ML in den letzten Tagen einen entschlossenen Kampf geführt hatte. Gegen die reaktionären ASTA-Häuptlinge, die zusammen mit dem Rektor für die Entlassung des Kollegen Jürgen B. waren, wurde schließlich mit überwältigender Mehrheit eine Resolution angenommen, in der der ASTA für seine Haltung verurteilt wird. Ebenfalls mit überwältigender Mehrheit sprach sich die Vollversammlung gegen die Kündigung von Jürgen B. und gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz aus.

Marburg

Staatskommissar wieder abgesetzt

Vor einiger Zeit wurde der Asta der Universität Marburg seines Amtes enthoben. An seiner Stelle wurde ein Staatskommissar eingesetzt. Die Studenten antworteten auf diesen Angriff mit Demonstrationen, Besetzung des Verwaltungsgebäudes, Hörsaalbesetzungen und Streik. Wiederholt kam es zu Polizeieinsätzen. Schließlich sperrte Universitätsdirektor Zingler die Studenten aus, worauf sie mit erneuten Demonstrationen antworteten. Jetzt hatte dieser Kampf Erfolg. Per einstweiliger Verfügung wurde die Ersetzung des AStA durch den Staatskommissar wieder aufgehoben.

Der KSB/ML hat an diesem Kampf der Studenten aktiv teilgenommen. Er hat gezeigt, daß die Studenten dagegen kämpfen müssen, daß ihnen das Recht auf einen AStA genommen wird, daß es aber nicht darum gehen kann, den bestehenden AStA zu verteidigen.

Denn gegenwärtig stellt der MSB, die Studentenorganisation der D,,K''P, in Marburg den AStA. Die Studenten konnten in der Vergangenheit oft genug erleben, daß er ihnen gegenüber radikal auftrat, sie aber gleichzeitig in Verhandlungen mit dem Kultusministerium oder der Universitätsleitung verriet. Ein Ergebnis dieser Politik war zum Beispiel, daß sich innerhalb von zwei Jahren die Semestergebühren von 120 DM im Jahr auf 300 DM erhöhten.

Einen solchen AStA braucht der Staat nicht zu fürchten. Was er fürchtet, ist ein AStA, der eine revolutionäre Politik betreibt. Dabei ist die ,,sicherste Lösung'' natürlich, den AStA überhaupt abzuschaffen.

Der Kampf der Marburger Studenten gegen den eingesetzten Staatskommissar war deshalb berechtigt und notwendig. Einen AStA in ihrem Interesse allerdings werden sie erst dann haben, wenn dieser AStA nicht mehr vom MSB gestellt wird, sondern von Studenten, die bereit sind, die Kämpfe der Studenten revolutionär zu führen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML



Das Abonnement hat eine Laufzeit von einem Jahr und kostet 30,-- DM. Es verlängert sich um jeweils 1 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Die Gebühren sind im voraus zu zahlen.
Bestellungen oder Anforderung von Probeexemplaren an:
Verlag G. Schubert
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30
Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund, Nr. 321 004 313, Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06—466

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW, Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen ,,Roter Morgen'', Stresemannstr. 110. Tel.: 040 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15.00-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di. und Do. 16.30-19.00, Sa. 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen ,,Roter Morgen'', Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 9.30-13.00 Uhr.

LV Bayern, München 2, Buchladen ,,Roter Morgen'', Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 14.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen ,,Roter Morgen'', Schererstr. 10. Tel.: 030 / 46 52 807. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 14.30-18.30, Sa. 10-14 Uhr.

Weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen ,,Roter Morgen'', Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo., Do. und Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86. Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17.30-19.00, Sa. 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-19, Sa. 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.00-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

Kiel, ,,Thälmann-Buchladen'', Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74 762. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15.00-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchladen ,,Roter Morgen'', Mar[illegible]grube 58, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bremer Platz 16. Tel.: 0251 / 62 205. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.00-18.30, Sa. 11-14 Uhr.

GESCHENKABONNEMENT

Lieber Leser des ROTEN MORGEN, wenn Sie jetzt überlegen, was Sie Ihren Verwandten, Freunden und Bekannten zu Weihnachten schenken könnten, vergessen Sie den ROTEN MORGEN nicht! Wenn Sie diesen Bestellschein ausfüllen und 30 DM überweisen, erhalten Sie einen Gutschein für ein Abonnement des Jahrgangs 1976.



An Verlag G. Schubert
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30
Vom 1. 1. 76 bis zum 31. 12. 76 soll der ROTE MORGEN an folgende Adresse geschickt werden:

Name ....

Straße ....

Postleitzahl/Ort ....

Die Überweisung erfolgt durch:

Name ....

Postleitzahl/Ort ....

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,–DM. Dieser Betrag ist im voraus auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 — 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 — 393 zu überweisen.